INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

DER SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

AUTONOMIE KONGRESS

Nr. 326

6. April 1995

Hallo!
Seit einigen Tagen hat sich die Situation des Kinderspielplatzes in Friedrichshain zugespitzt. Räumung, Streß mit Bauarbeitern, Streß mit Bullen. Leider haben wir keine aktuellen Infos mehr erhalten und drucken deshalb den Artikel aus der Jungen Welt ab. (S.3)
Wie wir aus gut unterrichteten Kreisen erfahren haben, gab es zum Kongreß in den letzten Tagen ein ganz schönes Durcheinander. Am Montag hatte die Technische Universität eine mündliche Zusage gemacht. Natürlich hatte die Sache noch einen Hacken, der da Wachschutz und 18.000,- Mäcken heißt. Dieses Angebot ist natürlich eher ein Witz und wohl unannehmbar. Die letzten Infos findet ihr auf Seite 9 im Heft. In der nächsten Nummer steht dann sicher nocheinmal der aktuelle Stand zur Raumfrage. Ansonsten könnt ihr auch bei Kongreß-Infotelefon anrufen.
In diesem Zusammenhang noch eine Kritik am Papier ostdeutscher Gruppen zum Kongreß. Wir finden eure Entscheidung falsch doch keine Arbeitsgruppe einzubringen und stattdessen eure Kritik an autonomen Strukturen/Politik - die wir an Punkten wie z.B. der Organisationsdebatte wichtig finden - in Form eines Kritikpapiers zu veröffentlichen. Auch die Kritik am Diskussionsverhalten im Vorfeld, oder die (eure?) Angst sich in Diskussionen vorzuwagen, sollte besser Thema auf dem Kongreß sein. Wer soll diese Kritik auf dem Kongreß einbringen wenn nicht ihr selber? Gerade in bewegungsarmen Zeiten, wenn uns viele (Neben-) Wiedersprüche auf die Füße fallen, besteht die Tendenz unsolidarisch aufeinander rumzuhacken und das Bedürfnis nach einfachen Lösungen und Weltbildern, anstatt offen und solidarisch miteinander zu streiten. Das ist auf dem Kongreß möglich, also hingehen und mitmischen!
Auch außer dem Kongreß ist in nächster Zeit jede Menge los. Es sind Demos gegen den Fascholaden "Ha-Ra-Kiri" (8.4.), gegen die Abschiebung von Ramos Vega (11.4.) und am 20.4. angekündigt. Außerdem gibt es am 1. Mai ein Staßenfest. Näheres dazu im Heft.
Die Bekanntmachung eines Vergewaltigers haben wir - da anonym zugeschickt - nicht in diesem Heft.
Es sollte für uns eine (indirekte) Rückfragemöglichkeit (Kontaktadresse) geben, die natürlich nicht veröffentlicht werden muß. (Dies gilt auch für Spitzelvorwürfe). Bitte meldet euch nochmal bei uns, wir wollen die Bekanntmachung nicht unter den Tisch fallen lassen.
Ansonsten haben wir so viele Beiträge bekommen, daß wir nicht alles gleich bringen konnten. Also nicht ärgern!
Den Beitrag "Von Althusser lernen... " haben wir in zwei Teile geteilt.
Die Fortsetzung kommt nächste Woche.

Inhalt:

Ordner: WähleRinnenschutZbund

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

Hi, kongreß + telefonwütige Companeros + Companeras

Die Zeit bis zum großen Autonomie- Oster-Kongreß wird nun langsam knapp und die Vorbereitungen treten in die " ganz heiße Phase". Da kann manchmal guter Rat nicht nur "teuer" sondern auch ganz dringend werden. Und wenn einem dann noch soviel an (Raum-) Schwierigkeiten wird beschert, daß ist doch dann allemal die Telefonnummer der Kongreßini wert. (Reim mit Haferschleim!)
Für Kongresso - Sorgen, Nöte, Tips, Tricks + Ratschläge aller Art halten wir ab sofort jeden Tag zwischen 17 - 19 Uhr unser Info-Telefon besetzt. Dabei gilt: Nicht wir rufen sie, sondern Sie rufen uns an:

Anwohner der Kreutzigerstraße hielten Baggerwagen auf und versperrten das Eingangstor

FRIEDRICHSHAIN

Anwohner vor allem aus besetzten Häusern an der Kreutzigerstraße verhinderten gestern den Beginn der Räumung des Abenteuerspielplatzes.

„Wir gehören nicht zum Team des Spielplatz-Vereins", so gestern einer von den jungen Leuten auf dem umstrittenen Gelände. „Als Anwohner setzen wir uns für die Interessen der Kinder ein. Hier im Bereich des Blocks gibt es keine vergleichbare Fläche zum Spielen als Ersatz. Die Commercial will Wohnungen bauen, aber im Erdgeschoß vor allem Geschäfte. Geschäftszentren haben und kriegen wir in der Umgebung schon genug."

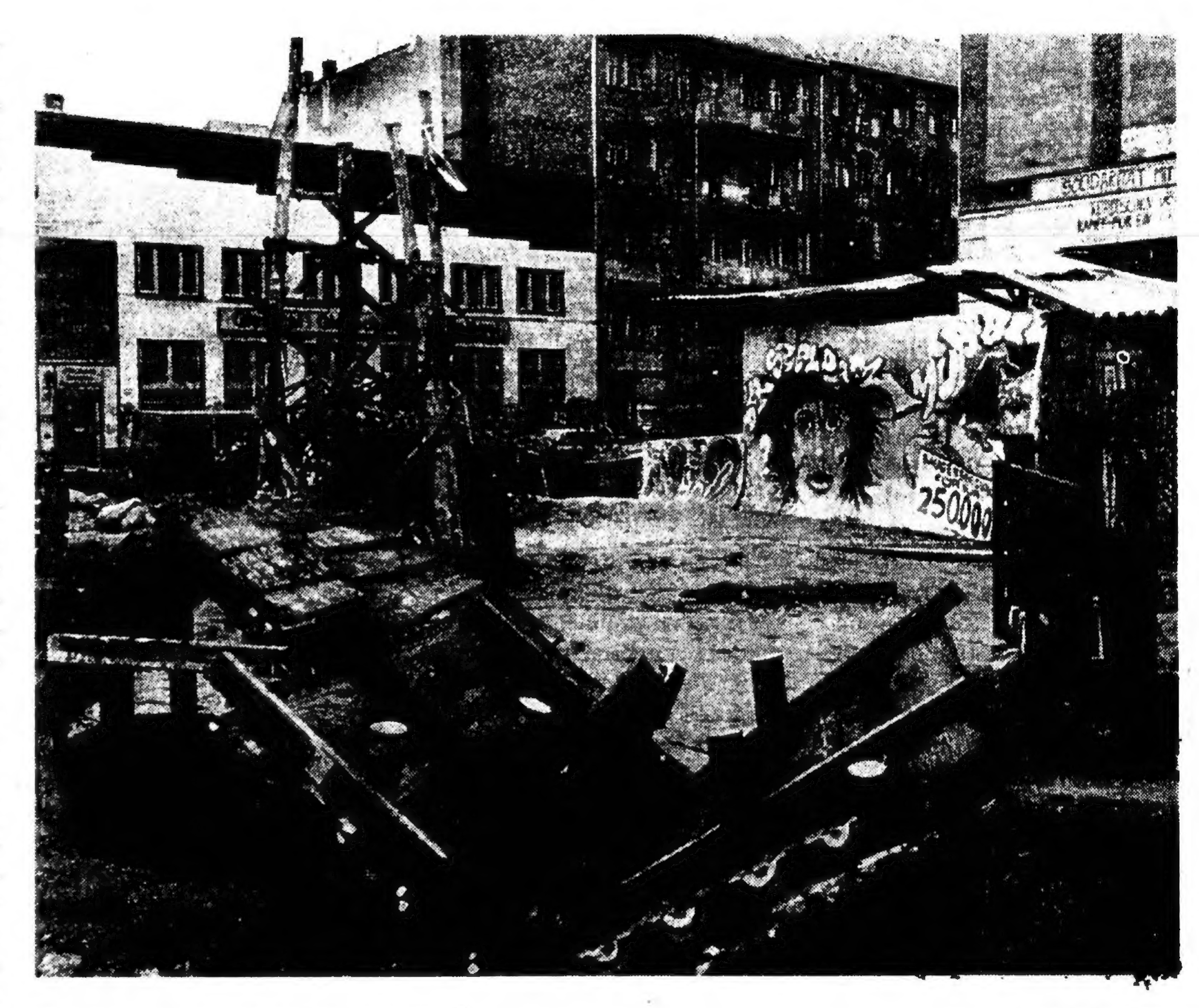
Ein Mitarbeiter der Commercial-Bauleitung ist empört. An seinem Pkw wurde ein Reifen zerstochen. „Ich erstatte Anzeige wegen Bedrohung und Nötigung." Eine Stunde später ist auch ein Reifen des Baggerwagens aufgeschlitzt und die Scheibe eines weiteren Fahrzeugs des Räumkommandos zerschlagen. Als gegen 13 Uhr rund ein Dutzend Mannschaftswagen der Polizei anrollen, ist von den Besetzern niemand mehr vor Ort.

Mit vollem Einsatz protestierten Anwohner gegen Einebnung eines Spielplatzes in Friedrichshain

Umkämpfter Spielplatz

Die Sprengmeister staunten nicht schlecht, als sie am frühen Dienstagmorgen das künftige Baugelände der Commercial GmbH, Boxhagener/Ecke Kreutzigerstraße in Berlin-Friedrichshain betraten, um es auftragsgemäß nach Blindgängern aus dem zweiten Weltkrieg abzusuchen. Statt der erwarteten Freifläche fanden sie den dort seit fast drei Jahren existierenden Abenteuerspielplatz vor. Nicht genug damit, es hatten sich nämlich auch noch etwa 50 AnwohnerInnen, zumeist aus besetzten und ehemals besetzten Häusern Friedrichshains, dort versammelt, um gegen die Räumung des Spielplatzes zu protestieren.

Der Streit um das Gelände und den darauf errichteten Spielplatz währt schon lange. Die Commerical GmbH, die dort eine Ladenzeile und Wohnungen bauen will, hatte bereits für Anfang Dezember 1994 die Räumung beantragt. Viele AnwohnerInnen und besonders die Friedrichshainer Kinder wehrten sich. Der Stadtteil zeichnet sich ohnehin durch fehlende Spielflächen aus, der Kiez um den Abenteuerspielplatz verfügt lediglich über ein Fünftel der gesetzlich vorgeschriebenen Spielfläche. Nach langen Verhandlungen hatten sich schließlich der Verein, der als Träger des Abenteuerspielplatzes auftritt, und die Commerical GmbH Anfang des Jahres außergerichtlich auf eine Entschädigungszahlung in Höhe von 135000 Mark »geeinigt« – zu verwenden für »Kinder- und Jugendprojekte«. Das Geld liegt seitdem auf einem Treuhandkonto, das der Anwalt des Vereins verwaltet.



Der Abenteuerspielplatz vor der Erstürmung Foto: Dario Azzellini

Der Verein ist danach bei den Protesten nicht mehr in Erscheinung getreten, doch die AnwohnerInnen stellen sich weiter gegen die Räumung. Diese glich am gestrigen Tage jedoch einem Possenspiel. Gegen 7.30 Uhr kamen die Sprengmeister und begannen zu warten. Im Laufe des Vormittags wurde ein Bagger herangefahren, mit dem einige Bauarbeiter schließlich den Zaun um den Spielplatz einzureißen versuchten, was ihnen nicht gelang, da sich mehrere Personen an den Zaun und die Schaufel des Baggers klammerten. Der daraufhin abgestellte Bagger wurde dann schließlich gegen Mittag wieder abtransportiert – mittlerweile jedoch, auf Grund durchgeschnittener Hydraulikschläuche und beschädigter Reifen, nicht mehr einsatzfähig. Ebenso zeigte der Gerätewagen der Sprengmeister deutliche Spuren plötzlicher Abnutzung.

Der Kampf der SpielplatzbesetzerInnen gegen das Böse schien gewonnen, viele zogen sich wieder zurück, nur wenige verblieben auf dem Spielplatz. Plötzlich jedoch ertönte erneut die Sirene der Kreutzigerstraße, ein untrügliches Zeichen für Trouble im Kiez. Zehn Polizeiwannen sperrten die Kreuzung ab. Wie eine Horde wildgewordener Büffel stürzten sich mehrere Dutzend Polizeibeamte knüppelschwingend in die Kreutzigerstraße, mit Leitern und Sägen stürmten sie den leeren Abenteuerspielplatz und nahmen schließlich, um nicht mit ganz leeren Händen dazustehen, die Hälfte eines Stahltores mit, das sie kurz zuvor aus den Angeln gehoben hatten. Dann zogen sie wieder ab.

Dario Azzellini/AGUR

Sofortige Schließung des „Ha-Ra-Kiri“!

Keine faschistische Propaganda im Prenzlauer Berg und auch nicht anderswo!

Seit einiger Zeit existiert in der Grellstraße 1b der Platten- und T-Shirtladen „Ha-Ra-Kiri.“

Dort werden nicht nur Platten und CDs von faschistischen Musikgruppen wie „Störkraft“, „Endstufe“ und „Skrewdriver“ verkauft, sondern auch T-Shirts mit faschistischen Symbolen.

Im „Ha-Ra-Kiri“ sind auch faschistische Skin-Fanzines (Szenezeitungen) erhältlich, z.B. das Neonazi-Fanzine „Wehrt Euch“. Darin kann mensch sich mit den Richtlinien der „Hammer-Skins“ vertraut machen, die seit über einem Jahr als „Hammer-Skin Division Berlin“ bestehen. Sie sind Teil eines internationalen Netzwerkes, das von den USA über Westeuropa bis nach Osteuropa reicht. Die „Hammer-Skins“ sind *ein eng verflochtener rassistischer Stamm von gleichgesinnten Brüdern und Schwestern.* Sie sehen sich als *wichtigen Teil der arischen Geschichte,* ihr Ziel ist der Rassenkrieg, ihre Ideologie nationalsozialistisch.

Der Betreiber des „Ha-Ra-Kiri“ ist Henry Harm, der bereits als Inhaber des vergleichbaren Ladens „No Remorse“ in Pankow bekannt wurde. Dort mußte er nach antifaschistischen Protesten den Verkauf von Nazi-Rock und Fanzines einstellen und umziehen.

Für den neuen Laden „Ha-Ra-Kiri“, suchte er sich eine Gegend, die ihm sicherer erschien. Im Kiez rund um die Grellstraße leben Aktivisten der mittlerweile offiziell verbotenen neofaschistischen FAP.

Allerdings organisierten auch im Prenzlauer Berg Antifaschistinnen und Antifaschisten Protest und Widerstand gegen den „Ha-Ra-Kiri“. Durch antifaschistische Aktivitäten und einige Berichte in den Medien konnten bereits erste Erfolge erreicht werden:

- T-Shirts mit faschistischen Symbolen und Sprüchen oder Fanzines werden nicht mehr ganz so offen im Laden gezeigt, der Verkauf läuft jetzt eher unter der Ladentheke.
- Über das 301-Programm, einem von der Senatsverwaltung für Soziales geförderten Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm für arbeitslose Jugendliche, erhielt der „Ha-Ra-Kiri“ staatliche Gelder für die Arbeit der Verkäuferin Nicole Radecke. Nachdem diese staatliche Finanzhilfe für den Vertrieb faschistischer Propaganda und Kultur öffentlich bekannt gemacht wurde, wurden diese Gelder gestrichen.

So erfreulich dies ist, es reicht noch nicht. Das Ziel ist es, daß der Vertrieb faschistischer Propaganda und die Verbreitung faschistischer Kultur beendet wird. Deshalb fordern wir die sofortige Schließung des „Ha-Ra-Kiri“!

Dazu ist es aber erforderlich, daß eine breitere Öffentlichkeit über den „Ha-Ra-Kriri“ informiert wird und durch antifaschistische Aktionen deutlich wird, daß es viele Menschen gibt, die nicht bereit sind, die Existenz eines solchen Ladens hinzunehmen.

- ***Wir fordern alle Antifaschistinnen und Antifaschisten auf, vielfältige Aktivitäten zu entwickeln, um die Schließung des „Ha-Ra-Kiri“ durchzusetzen.***
- ***Wir fordern die Bezirksverordnetenversammlung und die in der BVV vertretenen Parteien auf, sich öffentlich gegen die Existenz des „Ha-Ra-Kiri“ und die Verbreitung faschistischer Propaganda und faschistischer Kultur zu äußern.***
- ***Wir fordern das Bezirksamt auf, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Verbreitung faschistischer Propaganda und faschistischer Kultur durch den „Ha-Ra-Kiri“ zu unterbinden.***
- ***Wir fordern die „Hammmermeister und Partner Immobilienverwaltung GmbH“, Kurfürstendamm 224, 10791 Berlin, Telefon 883 30 71, Fax 883 97 32 auf, den Mietvertrag mit Henry Harm und für den „Ha-Ra-Kiri“ sofort zu kündigen.***

Demonstration:
Sofortige Schließung des „Ha-Ra-Kiri“
Samstag, den 8. April, 12 Uhr
Treffpunkt: S-Bahnhof Prenzlauer Allee

Die Demonstration unterstützen:
AGiP-Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg, A.I.M.-Antifaschistische Initiative Moabit, Antirassistische Initiative, Antifa Café Wedding, Antifa Golem, Antifa Jugendfront, AStA TU, BAOBAB-Infoladen, BdA - Bund der Antifaschisten Pankow, Edelweißpiraten Prenzlauer Berg, F.e.l.S., Hummel-Antifa, IVVdN Interessenvereinigung der Verfolgten des Naziregimes Prenzlauer Berg, NOS-Antifa, PDS Prenzlauer Berg, Schnelle Kelle - Maurermeisterbetrieb, Schwule Antifa, Umweltbibliothek

V.i.s.d.P:Mara Kagol, Straße des Widerstands 33, 10347 Berlin

Im spanischen Staat wird gefoltert! Keine Abschiebung von Benjamin Ramos Vega!

Vor einigen Wochen wurde der Katalane Benjamin Ramos Vega in Berlin festgenommen. Ihm wird eine ETA-Mitgliedschaft vorgeworfen, konkret geht es darum, daß er als Unterstützer dem ETA-Kommando in Barcelona ein Auto gemietet haben soll.



Die spanische Polizei foltert. Wenn Benjamin abgeschoben wird, wird er die üblichen Torturen zu erleiden haben. Wir finden es wichtig, daß er merkt, daß wir ihn nicht allein lassen: mit Musik, Krach und Transparenten!

Dienstag, 11. April 17.30 Uhr! Demo vom U-Bahnhof Turmstr. (bei Hertie) zum Knast Moabit und Kundgebung.
EXTRADIZIORIK EZ!!!!

Der 20. April steht wieder vor der Tür. Um auf eventuelle faschistischen Aktivitäten an diesem Tag vorbereitet zu sein, treffen wir uns regelmäßig, um wiedermal unser Schutzkonzept aufzufrischen.
Der aktuelle Stand ist der, daß das Aktionstelefon an diesem Tag ab 10 Uhr besetzt sein wird. Auch einige Infoläden sind dann am Abend geöffnet, die als Anlaufpunkt dienen könnten. Bis jetzt wären das:



Fanladen " Anstoß"
Brunnenstr. 7
(Rosenthaler Platz)

"Baobab"
Winsstr. 53

"Bandito Rosso"
Lottumstr. 10a
(Rosa-Luxemburg-Platz)

Es gibt auch Leute, die am 20. April die Augen offen halten wollen, jedoch bisher zu wenig, wie wir meinen.
Wenn ihr euch also irgendwie einbringen wollt, meldet euch beim Aktionstelefon Berlin: 394 30 23 !

Immer wieder: BARGELD FÜR ALLE
Unterstützt die Flüchtlinge in den Berliner Wohnheimen!

Wir machen wieder eine Umtauschaktion für Sachleistungs-Waren aus den Berliner Flüchtlingswohnheimen. Es gibt vor allem: Kaffee, Tee, Kakao, Fruchtsäfte, Schokolade, andere Süßigkeiten, Knabberzeug (Pistazien, Mandeln usw.), Waschpulver, Seife, Geschirrspülmittel, Reis, Gewürze, Nudel, Speise- und Olivenöl.



Am Sonntag, dem 9. April 95 von 15-18.30 Uhr im Stadtteilladen Rat&Tat in der Liebenwalder Straße 16 im Wedding (U9 Nauener Platz oder U6 Leo).

Die Flüchtlinge sind auf Eure Unterstützung angewiesen!

Abschaffung der rassistischen AusländerInnengesetzgebung!
Barauszahlung (mindestens) der Sozialhilfe!

Initiative gegen das "Asylbewerberleistungsgesetz"

Universität besetzen und nicht Eier suchen

Nachdem die Humboldt-Uni die Räume für den Autonomie-Kongreß zu Ostern verweigert hat, ist bei den autonomen Diskutanten nun Selbsthilfe angesagt

Ihren unbedingten Willen, sich „kontroversen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen" zu stellen, hat unterdessen die Berliner Polizei angemeldet. Staatsbürgerkundliches Ziel der Heckelmann-Truppe ist es neuerdings, den Ruf Berlins als Kongreß- und Tagungsmetropole nicht durch einen Autonomenkongreß zu gefährden. Ein Etappensieg wurde bereits errungen: Während der Demonstration anläßlich des Klimagipfels am Samstag wurde ein Demonstrant beim Verteilen des neuen Kongreßflugblatts kurzfristig festgenommen. Begründung: Die Aufforderung, sich die Kongreßräume zu nehmen, sei eine Aufforderung zu Straftaten.

Für Zündstoff bis Ostern ist also gesorgt. Das Flugblatt soll nach Angaben der Kongreßvorbereiter in den nächsten Tagen „massenhaft an Berliner Schulen und Universitäten verteilt werden".

Uwe Rada



Auf der Basis einer mündlichen Raumzusage für den zu Ostern in der Humboldt-Universität (HU) geplanten Autonomie-Kongreß hatte die Berliner Kongreßvorbereitung gemeinsam mit den ASten bis Mitte März Verhandlungen mit der HU geführt. Dann zog die Präsidentin der HU, Marlis Dürkop, ihre Zusage zurück und reagierte mit vorauseilendem Gehorsam auf die Intervention durch Innensenator Heckelmann. - Die Präsidentin/-ten der Berliner Unis knicken willfährig ein. Sie zeigen damit ihren Unwillen, Universitäten als Orte kontroverser gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu verstehen. Sie alle glauben den Kongreß in die Wüste schicken zu können...

Weil wir ungern unsere Zeit damit verschwenden, immer darüber zu jammern was uns alles nicht paßt, haben wir zu ihrem "Kongreß-Verbot" auf einer Vollversammlung zum Autonomie-Kongreß beschlossen, daß, wenn "sie" uns keine Räume zugestehen, wir uns ausreichend große Räume an *irgend einer* zentral gelegenen Berliner Universität ohne große Dramatik und mit aller Selbstverständlichkeit nehmen werden. Die konkreten Vorbereitungen dafür haben begonnen.

Wir rufen Alle dazu auf, uns in der Durchführung des Autonomie-Kongresses, Ostern 1995, in Berlin zu unterstützen.

Autonomen-Kongreß gut bewacht

Der „Autonomen-Kongreß der radikalen, undogmatischen Linken" findet doch in einer Berliner Universität statt. Nachdem die Präsidentin der Humboldt-Uni, Marlis Dürkop, den Veranstaltern keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hatte, sprang nun die Technische Universität ein. Damit ist die Forderung der Autonomen-Vollversammlung im Mehringhof vom Tisch, sich entsprechende Räume „an irgendeiner zentral gelegenen Berliner Universität ohne große Dramatik" zu nehmen.

Ein dicker Wermutstropfen ist allerdings dabei: Zwar bleiben die Räume mietfrei, doch die TU besteht auf dem Einsatz von Wachpersonal während des Kongresses. Abgesehen von dem Unwohlsein, das die Präsenz der „schwarzen Sheriffs" auf dem Kongreß auslösen dürfte, sollen die Veranstalter auch die Extrakosten übernehmen: satte 18.000 Mark. Acht Wachmänner sollen an den vier Veranstaltungstagen zwischen dem 14. und 17. April für die Unversehrtheit der Räumlichkeiten sorgen.

Für Gerit Ziegler, Vorsitzende des TU-Astas, ist das Erpressung. Damit stelle die Universitätsleitung den Autonomen-Kongreß mit außeruniversitären Veranstaltungen gleich, obwohl der Asta der TU einer der Veranstalter ist. So werde der Studierendenvertretung ihr politisches Mandat abgesprochen. Träte der Asta als alleiniger Veranstalter auf, würde die Universität die Wachkosten übernehmen.

Eine „Unverschämtheit" findet das Ganze Ulrike Gonzales vom Asta der Freien Universität, Mitveranstalter des Autonomen-Treffens. „Die Finanzierung des gesamten Kongresses könnte dadurch ein großes Problem werden", befürchtet sie. Ohne zusätzliche Spenden sei die Summe möglicherweise nicht aufzubringen.

Letzte Meldung :

Unverschämtheit!

Die Ankündigung, daß wir uns Räume für den Autonomie-Kongreß „an irgendeiner zentral gelegenen Berliner Universität" nehmen werden, ist keineswegs vom Tisch! Der Vertrag ist nicht unterschrieben! Wir werden doch nicht unser letztes Geld zusammenkratzen, damit irgendwelche Wachheinis die sensiblen Teile des Mathegebäudes der TU vor *uns* schützen! Auf die Räume können wir gut selber aufpassen. Wir werden natürlich weiter verhandeln, weil wir eigentlich miteinander reden und nicht um Kongreßräume fighten wollen. Aber wenn die Unileitungen glauben, daß sie uns verarschen oder erpressen können, haben sie sich getäuscht! Alle Vorbereitungen laufen also weiter:



Räume öffnen für den Autonomie-Kongreß!

Raum auf! Kongreß gut!

Ostern '95

Heckelmann die Ostereier - Uns die Uni...

Letzte Woche hieß die Parole: Räume aufmachen für den Autonomie-Kongreß. Auf der VV haben wir beschlossen: Wir nehmen uns die Räume, die wir brauchen. Klar ist, wir lassen uns nicht noch einmal verarschen, nicht von der HU, TU oder sonst einer Uni.

Und das ist ein ***Aufruf*** an alle,

die seit Monaten von nichts anderem mehr reden oder überhaupt noch gar kein Schimmer haben;

die nicht nur Nachts träumen und am Tag ihre Augen nicht verschliessen;

die den 80er Jahren hinterher trauern oder denen die 80er einfach Scheiß egal sind;

die mal wieder, so richtig politisch diskutieren, aber nicht allein abheben wollen;

die noch was schlaues zu sagen haben, auch wenn es noch so banal ist;

die hier nicht das Sagen haben, denen es aber trotzdem nicht die Sprache verschlagen hat;

die zu Ostern was mit vielen zusammen machen wollen und denen das Eier suchen zu langweilig geworden ist;

die schon immer mal nach Berlin kommen wollten, weil in Kreuzberg nichts mehr los ist.

Kommt nach Berlin zum Autonomie-Kongreß, um mit uns zusammen, gemeinsam, wir alle mit vielen für vier Tage zu steiten und Spaß zu haben.

Noch Fragen ? Hoffentlich in Hülle und Fülle: Ein Ziel des Kongesses ist es, Fragen zu formulieren und in den Raum zu stellen, gemeinsam Antworten zu suchen und nicht aus der Luft zu greifen.

Es ist an der Zeit, "das Ziel deutlicher zu formulieren: offene, herrschaftsfreie Kollektivität auf der Basis von Autonomie! Wir wissen nicht, ob die Voraussetzungen dafür eher in neuen Formen der Organisierung liegen oder ob wir vor allem andere emanzipatorische und revolutionäre Gesellschaftsentwürfe brauchen. Mag sein, daß wir auch einfach erst-einmal die alten Wahrheiten richtig verstehen müssen, eh wir uns neue ausdenken."

Der Kongreß steht für ein Zusammenkommen der Unterschiede und Gemeinsamkeiten, für eine Auseinandersetzung um einen radikalen Alltag und eine Utopie. Dafür gibt es eine Reihe vorbereiteter Veranstaltungen und AGs, spontane sollen sich bilden. Es gibt eine Jugendetage und Frauen/Lesben-Räume. Desweiteren: Filme, Ausstellungen, Musik, Cafes, Essen und auch eine Kinderbetreuung. Alles lebt davon, daß sich jede und jeder einbringt.

Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gelacht, gequatscht und zugebissen!

Laßt uns die herrschenden und auch die eigenen Verhältnisse zum Tanzen bringen!

Gegen Stumpfsinn, Gehorsam und Angst - für offene herrschaftsfreie Kollektivität!

Auf ins 21.Jahrhundert !

autonome revolutionäre SympatisantInnen der radikalen und undogmatischen linken Bewegungen / Bundesweite Organisation (arSrulB /BO)

„Konpress"
Mobile Kongreßzeitung



In bewegten Zeiten brauchen wir auch bewegte Zeitungen. Wir wissen noch nicht, wo der Autonomie-Kongreß Ostern stattfindet. Aber wir wissen, daß es eine Zeitung geben wird. Und die wird unmittelbar am Veranstaltungsort produziert, nämlich in einem Lastwagen.

Je spontaner wir aufgrund der Situation Entscheidungen treffen, Veranstaltungsorte, AG's, Treffen planen müssen, desto wichtiger ist eine gute und schnelle Information.

Die mobile Kongreßzeitung „Konpress" wird täglich zweimal erscheinen, mit einem Redaktionsschluß von zwei Stunden vor dem Erscheinungstermin (jeweils morgens um 10 Uhr und nachmittags um 16 Uhr). Veranstaltungsvorschläge, Kurzprotokolle aus den Arbeitsgruppen, Aufrufe usw. müßt ihr uns nur ins Auto reichen, und ein paar Stunden später sind sie schon unter den Leuten. Das Auto soll gleichzeitig „schwarzes Brett" und Info-Sammelstelle sein. Es werden mehrere Leute da sein, die die Meldungen sammeln, bei der Formulierung helfen, tippen und drucken. Abholen und verteilen müßt ihr die Zeitungen dann selber.

Weil wir nicht wissen, was in der letzten Woche vor dem Kongreß noch passiert, soll die erste Ausgabe bereits am Donnerstagabend erscheinen und alle Infos enthalten, die für den Interim-Redaktionsschluß am Montag zu spät waren. Also: alle Papiere, last-minute-Arbeitsgruppen-Vorschläge, Karrikaturen, Pöbeleien und gutgemeinte Ratschläge zum Kongreß ab Montag, dem 10.4. schriftlich, telefonisch oder per Telefax ins Kongreß-Büro, Yorkstr. 59, Telefon: 786 59 17, Telefax: 786 99 84. Ab Donnerstagabend direkt am Kon-Press-Wagen, erstmal vor dem Mehringhof. Später sind wir da, wo ihr auch seid.

PS: Wir haben zwar einen Lastwagen, hätten aber nichts dagegen, wenn wir noch einen besseren angeboten bekämen. Wenn also jemand gute Kontakte zu einem geschlossenen und geräumigen Lastwagen mit Kastenaufbau hat, dann gebt uns möglichst bald einen Tip .

Konpress-Gruppe.
c/o Kongreß-Büro
Yorkstr. 59, Tel. und Fax s.o.

Schon wieder Autonomiekongreß ?
Versuch, von einer Kongreßkritik zu einer Strukturkritik zu kommen

Ausgehend von dem bundesweiten Vorbereitungstreffen zum Autonomiekongreß in Hamburg trafen sich am Wochenende vom 10. zum 12. März mehrere Menschen aus verschiedenen ostdeutschen Projekten, aus Erfurt, Schmöln, Gera, Berlin. Eigentlich sollte hier abgesprochen werden, wie wir für uns wichtige Themen in den Autonomiekongreß einbringen wollen. Doch hat es seit Hamburg einige Diskussionen um den Kongreß gegeben, so daß wir uns in Halle noch einmal grundsätzlich mit der Teilnahme als "Ostgruppe" auseinandergesetzt haben. Herausgekommen ist dabei, daß wir uns nicht als Gruppe beteiligen werden, was auch heißt, daß wir keine Arbeitsgruppe einbringen. Wir haben entschieden, uns je nach unseren Möglichkeiten und Ideen an den Spaßtagen zu beteiligen. Allerdings schließt dies nicht aus, das einzelne Gruppen weiterhin am Kongreß dran bleiben.
Warum nun dieser Schritt? Dies zu begründen fällt nicht leicht, zumal wir vorhaben Kritik, zu üben, an westdeutschen und damit mittlerweile auch an unseren politischen Spielregeln, der Hierarchie innerhalb der Strukturen, der Verhinderung von Inhalten durch ewiges Strukturgelaber. Auseinandergesetzt haben wir uns damit zunächst erst einmal anhand des Autonomiekongresses, da er für uns die sichtbarste Spitze des Eisberges autonomer Politik ist. Uns geht es also nicht darum, eine Spaltung herbeizureden, auch keinen Ost-West-Konflikt, wir möchten eine Diskussion führen, um das Nicht-Verstehen aufzubrechen.
Wenn wir uns die Diskussion der letzten Jahre ansehen, so ist diese geprägt von der Organisationsdebatte, mensch denke dabei nur an die AABO.Grundsätzlich gab es dabei keine Übereinstimmung hinsichtlich dieses Organisationskonzeptes, keine Mehrheit für hierarchische Strukturen. Es scheint aber so, als wenn nun hintenherum die Mehrheit für solch ein Konzept geworben werden soll, über den "Parteitag" Autonomiekongreß. Es ist sicherlich eine andere Ebene, die der inhaltlichen Debatte, doch sieht es so aus, als ob der Anspruch eines klaren Programmes dahintersteht, welches dann jeder Autonome mit sich tragen kann Bibeln für alle eben.
Das Diskussionsverhalten im Vorfeld macht es deutlich. Es ist geprägt von der Angst de(r)s Einzelnen, sich zu weit vorzuwagen, gerade als Jüngere(r) überhaupt etwas zu sagen.Das Abstimmungsverhalten scheint repressiv, zumindesten wenn solche Sätze fallen wie, "das haben wir alles schon besprochen". Was da passiert, ist eine Aufspaltung in Zuschauerinnen und Macherinnen, eben jener Konflikt zwischen Etablierten und jüngeren Menschen. Es scheint zwar, daß es auch anders geht, aber nur außerhalb der Plenas, innerhalb dieser gibt es eine klare Hierarchie. Begründet wird dies bei der Kongreßvorbereitung schon von Anfang an durch Sachzwänge.Genau so scheint es bei den Macherinnen ein Effektivitäts-,Fortschritts-, ja sogar ein Servicedenken zu geben. Die Trennung des Politischen vom Privaten wird offensichtlich, da es für sie scheinbar keine Verknüpfung von Leben und Inhalten geben kann. Alles wird klar getrennt. Doch kann mensch so überhaupt ehrlich sein, wenn Gefühle keine Rolle mehr spielen, wenn "eiskalte Politik" gefragt ist. Fakt ist, daß es so keine Unterschiede zum Umgang bürgerlicher Politiker miteinander mehr gibt. Glückwunsch!
Ein Punkt, der in Hamburg von uns nicht vermittelt werden konnte, weil die Fronten schon zu klar waren, oder ab diesem Punkt jedenfalls wurden, war die Alkoholfrage. Hier soll mit Verboten organisiert werden. Grund und Anlaß werden verwechselt. Weil ein Besoffener Frauen anmachen könnte, wird er ausgeschlossen, das Problem Sexismus ist damit geklärt. Irgendwie ist das naiv. Für uns in Halle war klar, das auch menschen, die in unserem Rahmen nicht so handeln wie wir, trotzdem zu uns gehören und wir uns mit ihnen auseinandersetzen müssen. Und so viel Verantwortung sollten wir bereit sein zu übernehmen, denn nur so können wir etwas grundsätzlich verändern, auch bei uns selber.
Doch die Ausgrenzung, bzw. Abgrenzung läuft nicht nur so offen. Mit Sprache passiert dies auch, und wenn mensch das Wort "Kulturschaffende" gebraucht, könnte es eben passieren, daß menschen aus dem Osten keinen Bock mehr haben sich darauf einzulassen. Es ist eben ein Wort der DDR Sprache und sein ernsthafter Gebrauch zeigt wieder einmal, daß das Verhältnis des Westwiderstandes zur DDR, seine Sympathie mit dem "besseren deutschen Staat" überhaupt nicht reflektiert worden ist. Statt dessen kamen nur Phrasen, wie "solidarisch kritisches Verhalten mit dem Ostblock", aber die Auseinandersetzung mit diesem Teil der Westgeschichte hat nicht stattgefunden, es sei denn mensch würde die Negierung der Ostwiderstandskultur durch Westautonome dazuzählen. Könnte es sein, daß es da Schiß vor, der eigenen Geschichte gibt, Schiß davor etwas aus heutiger Sichtweise falsch zu finden, sich selber damit in Frage stellen zu müssen.
Aber es geht nicht nur um das Verhältnis zur DDR, sondern auch um die letzten fünf Jahre, um die von einigen so bezeichnete "Westokupation" der Autonomen, um unsere Übernahme autonomer Spielregeln, und -wiesen, die wir genausowenig bis jetzt reflektiert haben, geschweige denn genau artikulieren könnten, wo unsere Ansätze im Moment dabei wären.
Und zu all dem wollen wir einige Zeit nach dem Kongreß ein offenes Werkstattreffen machen, offen für alle, um die Diskussion in Gang zu halten, um zu einer Identität zu finden, eine breite Aufarbeitung zu beginnen. Wir haben Lust darauf, uns zu streiten, aber ohne das Leben zu vergessen.

einige ostdeutsche Gruppen

Folgender Aufruf zur Demonstration am 8. Mai wurde vom Vorbereitungstreffen beschlossen. Alle Gruppen, die sich auf der Grundlage dieses Aufrufs an der Durchführung der Demonstration beteiligt möchten, sind herzlich zu den weiteren Treffen, jeweils am Donnerstag* im Ostflügel der HU eingeladen. (Der genau Ort wird in der HU im Café Krähenfuß ausgehängt; Unter den Linden 6 im Hinterhaus rechts; Eingang auch von der Clara-Zetkin-Straße)

* 20 Uhr

Ausgrenzung und Vernichtung sind Tradition in Deutschland

Am 8. Mai ist es das Interesse der Bundesregierung und der VertreterInnen der etablierten Parteien, den Faschismus als ein historisches Ereignis herauszustellen, das von seinen Ursachen und Absichten abgetrennt wird. Die Schrecken und der Terror des NS-Systems werden in der offiziellen Geschichtsschreibung zwar nicht in Abrede gestellt. Um aber unterschwellige Kontinuitäten zu verbergen, wird über die politischen Ziele, die die Grundlage der nationalsozialistischen Massenmordpolitik waren, der Mantel des Schweigens gehüllt. Das NS-System ist aber nicht aus dem Nichts entstanden, wie es suggeriert werden soll, sondern steht in einem eindeutigen Zusammenhang mit der Politik, die von „demokratischen" Parteien und von Interessengruppen in der Bevölkerung der Weimarer Republik vertreten worden ist. Die völkische Politik, der Antisemitismus, die Eugenik, die imperialistische Außenpolitik, die kapitalistische Ausbeutung, der repressive Herrschaftsapparat, der Männlichkeitskult und die geschlechtsspezifische Rollenverteilung, all das sind keine Erfindungen des NS-Systems, sondern haben einen Vorlauf, der weit in die deutsche Geschichte zurückreicht.

In der herrschenden Geschichtsschreibung wird behauptet, daß die Weimarer Republik deswegen gescheitert sei, weil sie von links wie rechts bekämpft wurde. Diese Lüge, die immer wieder aufs neue gepredigt wird, dient dazu, auch heute jeden entschiedeneren Widerstand gegen die faschistische Formierung zu bekämpfen. Vor über 60 Jahren hatten die VertreterInnen der Weimarer Republik die Nazi-FaschistInnen bereitwillig gewähren lassen, während sie den antifaschistischen Widerstand mit allen Mitteln kriminalisierten. Auch heute würden die VertreterInnen des „demokratischen Deutschlands" wieder gerne ungestört mit Nazi-IdeologInnen zusammenarbeiten. Die Versuche von sogenannten „Nationalliberalen", wie der Gruppe um Ex-Generalbundesanwalt v. Stahl, aus der FDP eine rechtsextreme Partei á la FPÖ zu machen, zeigen, daß die Neue Rechte in Zusammenarbeit mit etablierten demokratischen Kräften noch lange nicht alle ihre Mittel ausgeschöpft hat, um eine faschistische Massenbewegung wiederzubeleben.

Wenn es am 8. Mai den VertreterInnen der etablierten Parteien in der pompösen Medieninszenierung eines Staatsaktes darum geht, sich als „demokratische AntifaschistInnen" zu präsentieren, während sie eigentlich nur das Kriegsende mit den Siegermächten feiern und an anderer Stelle FaschistInnen hoffähig machen, dann kann unsere Antwort nur sein, ihnen kräftig in die Suppe zu spucken. Überlassen wir das Gedenken an die Schrecken und den Terror des Dritten Reichs nicht denjenigen, die fleißig daran arbeiten, die Neue Rechte zu einer „ernstzunehmenden" politischen Kraft zu machen, indem sie deren Inhalte in ihre Politik aufnehmen! Lassen wir es nicht zu, daß sich diejenigen als AntifaschistInnen hervortun können, die den antifaschistischen Widerstand als „kriminelle Vereinigung" bekämpfen!

Die Einzigartigkeit des Holocausts*) darf nicht über die Gewöhnlichkeit der Grundlage hinwegtäuschen, auf die das Programm zur industriellen Vernichtung von Menschen aufbauen konnte. Deswegen ist es wichtig, beim Gedenken an den Holocaust nicht dabei stehenzubleiben, festzustellen, daß die Massenmordpolitik der Nazi-FaschistInnen in der Geschichte ohne Beispiel ist. Genauso wichtig ist es, deutlich herauszustellen, welche „gewöhnliche" Politik im Holocaust ihre Zuspitzung gefunden hat.

In der herrschenden Sichtweise des Nationalsozialismus wird nicht nur so getan, als sei es nach dem 8. Mai 1945 möglich gewesen, zum „business as usual" überzugehen, so als wäre

---

*) der Begriff „Shoa" ist um vieles geeigneter die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen zu bezeichnen als der eher verharmlosende Begriff „Holocaust". Viele JüdInnen verwahren sich jedoch dagegen, daß der Begriff „Shoa" im Land der Täter verwendet wird.

nichts geschehen. Ebenso wird versucht, die deutsche Geschichte bis 1933 zu benutzen, um eine nationale Identität wiederherzustellen, die durch Auschwitz bedroht schien. In diesem Zusammenhang kommt dem 8. Mai 1995 eine besondere Bedeutung zu. Denn an diesem Tag kann es den Herrschenden gelingen, nicht trotz, sondern mittels des Gedenkens an Auschwitz zur Tagesordnung überzugehen. Indem sie international ihre Reue zur Schau stellen, gelingt es ihnen, das Bild eines geläuterten Deutschlands in Szene zu setzen. Doch die Pläne der Nazi-FaschistInnen von einer deutschen Vorherrschaft in Europa, von einem rein-deutschen Deutschland, von deutschen Siedlungsgebieten im Osten, von genetischer Auslese und von Zucht und Ordnung sind mit dem 8. Mai 1945 nicht besiegt worden, sondern existieren in moderaterer Form bis heute weiter. Einige dieser Pläne erleben seit kurzem eine erstaunliche Renaissance.

Wenn sich 50 Jahre nach Kriegsende just diejenigen an die Spitze des Gedenkens stellen, die für diese Kontinuitäten verantwortlich sind, um die TäterInnenschaft von Deutschen im Nationalsozialismus zu relativieren, dann ist Widerstand notwendig. Dieser Widerstand darf nicht allein beim Gedenken an die Schrecken der NS-Massenmordpolitik stehenbleiben, sondern sollte in erster Linie auf den Fortbestand der antisemitischen, sexistischen, völkischen, rassistischen und kapitalistischen Politik im Deutschland nach 1945 hinweisen.

Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat die Durchführung der nationalsozialistischen Ausbeutungs- und Vernichtungsfeldzüge nicht nur bereitwillig mitgetragen. Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat darüber hinaus die Kriterien, nach denen Menschen ausgegrenzt und schließlich vernichtet worden sind, aus eigenem Antrieb verschärft. In diesem Sinne kommt der deutschtümelnden Bevölkerung nicht nur eine Mitschuld an den Massenmorden des NS-Apparates zu. Diese Menschen haben mit ihren Feindbildern vom „Juden", vom „Zigeuner", vom „Schwulen", vom „Tagedieb", vom „Polacken" und vom „Bolschewisten" eine Politik unterstützt und vorangetrieben, die im 2. Weltkrieg und in den Vernichtungslagern ihre letzte Konsequenz gefunden hat. Nach 1945 hat eine Auseinandersetzung mit diesen Feindbildern innerhalb der deutschen Bevölkerung praktisch nicht stattgefunden. Einige dieser Feindbilder konnten sich daher in anderer Form modernisieren (zwei Beispiele dafür sind der Antikommunismus im Kalten Krieg und der „Antisemitismus wegen Auschwitz").

Deshalb, weil „Deutschsein" so untrennbar mit Ausgrenzungs- und Vernichtungsdenken verbunden ist, erteilen wir jeder Rekonstruktion einer deutschen Identität oder eines deutschen Interesses eine deutliche Absage. Die Feindbilder von heute, die in neuen Pogromen ihren tätlichen Ausdruck erhalten haben, sind nicht als eine Entgleisung zu betrachten, sondern schlicht als Rückkehr zur Normalität der deutschen Verhältnisse.

Nach 1945 hat der Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus Verdrängung bedeutet. Jede Erinnerung wurde als Störung im Versuch zur Tagesordnung überzugehen, empfunden. Die Auseinandersetzung um die Gestaltung der Stätten des Gedenkens an die Massenmorde des NS-Deutschlands offenbart, wie heute mit dem Nationalsozialismus umgegangen wird. Der Kniefall von Kohl und Reagan vor den Gräbern von SS-Soldaten in Bitburg hat ein Kapitel in der deutschen Geschichtsschreibung begonnen, das die Täter des Vernichtungskrieges und des Holocausts zu Opfern wandelt. Ein weiterer wichtiger Schritt hin zur Revision des Geschichtsbildes wurde mit der Umwidmung der Neuen Wache zur „zentralen Gedenkstätte der Opfer des 2. Weltkriegs" unternommen. Die Neue Wache vermittelt den Eindruck, als seien die Toten des NS-Vernichtungskriegs alle gleich gewesen. Eine Unterscheidung zwischen Opfern und Tätern findet nicht mehr statt und die Gegner des NS-Deutschlands werden als Täter eingeordnet.

Der 8. Mai gehört nicht denen, die sich mit der deutschen Geschichte und Nation versöhnen wollen! Er gehört nicht denen, die ihre Probleme mittels der nationalen Gemeinschaft lösen wollen! Sondern der 8. Mai ist der Tag der Zerschlagung Nazi-Deutschlands und der Tag der Befreiung der Verfolgten des Nationalsozialismus!

„Wir schwören vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung."

aus dem Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945

Veranstaltung · Donnerstag, 13. April 1995, 19.30 Uhr · Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, Berlin-Mitte

Antifaschismus und Befreiung

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Am 8. Mai 1995 jährt sich die Befreiung vom Nazi-Faschismus zum 50. Mal.
Der Umgang von Bundesregierung und Medien mit diesem Datum zwingt zu einer genauen Auseinandersetzung. Durch bewußtes Weglassen von Fakten und Fehlinterpretationen von historischen Ereignissen wird von ihnen versucht, die Geschichte umzuschreiben.



Autonome Antifa A+P
März 1995
organisiert in der
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

In zeitlicher Nähe zum 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald am 11. April 1945 möchte die „Autonome Antifa A+P" Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die am antifaschistischen Widerstand in der Sowjetunion, in Frankreich und in den Konzentrationslagern beteiligt waren.
Die Veranstaltung wird moderiert von Kurt Goldstein.

So wird der antifaschistische Widerstand nicht in vollem Umfang dargestellt, sondern nationalkonservative, reaktionäre Gruppierungen zum Maßstab des Widerstandes gegen den Faschismus gemacht. Die Tragweite, die der Antifaschistische Widerstand vor, während und nach dem II. Weltkrieg hatte, wird durch Nichterwähnung oder Umdeutung der Boden entzogen. Umdeutung bedeutet zum Beispiel, daß kommunistischer Widerstand nicht nur verschwiegen, sondern ihm sogar eine Mittäterschaft unterstellt wird. Dieses Projekt der Historisierung und Relativierung des Nationalsozialismus wurde bereits Mitte der achtziger Jahre mit „Bitburg" und dem sogenannten Historikerstreit begonnen.

Die Thesen der national-konservativen Akademiker dienen heute der Legitimation einer neuen deutschen Großmachtpolitik. Nationalkonservative und neurechte Positionen sind in die Mitte der öffentlichen Auseinandersetzung gerückt. Dabei finden sie in den Medien von „taz" bis „Spiegel" ebenso Resonanz wie in der offiziellen Programmatik der Regierungsparteien. Ein zentrales Mittel dieses Geschichtsrevisionismus ist die Verbreitung der Totalitarismustheorie. Sie ist das wirkungsvollste Mittel, um den Nationalsozialismus zu verharmlosen.
Sozialistische Systeme werden mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Regierungsvertreter wie der Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, CDU, nennen die DDR in einem Atemzug mit Nazi-Deutschland und sprechen hierbei von den „zwei Diktaturen auf deutschem Boden".
Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist es wichtig, Fakten im historischen Kontext zu betrachten und für das eigene politische Vorgehen Schlüsse zu ziehen.

Es sprechen:

Kurt Goldstein (Moderation)

Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, zum Thema „Die Roten Kapos in den Konzentrationslagern".
Ein Thema, das im Fall Buchenwald im Zusammenhang mit dem Versuch gesehen werden muß, den kommunistischen Widerstand im Lager nachträglich zu diskreditieren.

Dr. Hermann-Ernst Schauer

landete während des Krieges in der Sowjetunion mit dem Fallschirm hinter der deutschen Front, um zusammen mit weißrussischen Partisanen Flugblätter herzustellen, die deutsche Soldaten dazu bewegen sollten, innerhalb der Wehrmacht Zellen des „Nationalkomitees Freies Deutschland" zu bilden und damit eine antifaschistische Bewegung in Deutschland zu stärken.

Dora Schaul

emigrierte Anfang der 30er Jahre aus Deutschland nach Frankreich und
arbeitete dort bei der Militär- und Postverwaltung der Deutschen Besatzungsmacht.
Von dort lieferte sie Informationen (z. B. über geplante Verhaftungen) an die Resistance.

Kurt Hälker

lief während des Frankreich-Feldzuges der deutschen Wehrmacht zur Resistance über und war ihr vor allem bei der Waffenbeschaffung behilflich.

Postanschrift: Autonome Antifa A+P · c/o Nachladen · Waldemarstraße 36 · 10999 Berlin

Demo gegen Leerstand - 3 Häuser besetzt und geräumt!

Trotz massivem Polizeiaufgebot demonstrierten am 01.04.95 im Prenzlauer Berg über 400 Menschen gegen Leerstand, Spekulation und Vertreibung. Vom Helmholtzplatz zum Teutoburger Platz führte die Route vorbei an leerstehenden Häusern und Spekulationsobjekten. In Verbindung mit der Demonstration wurden 3 seit Jahren leerstehende Häuser besetzt: die Buchholzer-3 HH, die Christinen-15 SH und die Schönhauser-167c HH. Häuser die sofort bewohnbar wären!!
Seit Ende 1990 gibt es im Prenzlauer Berg den "Runden Tisch Instandbesetzung", der unter dem Eindruck der Räumung der Mainzer Strasse entstand. Um "Eskalationen" zu vermeiden, traten seitdem bei Neubesetzungen alle Beteiligten zusammen und versuchten eine politische Lösung zu finden. Diese im Prenzlberg übliche Vereinbarung wurde am Samstag von den Bütteln mit Füßen getreten: Noch bevor die Demo geendet hatte, wurde geräumt.
Noch immer stehen mehr als 1000 Wohnungen allein im Prenzlberg leer. Luxussanierung, Umstrukturierung und Vertreibung grassieren wie eine Seuche. Um dieses Problem umfassend zu bekämpfen, muß der erste Schritt im eigenen Kiez, im Straßenzug, im Haus beginnen. Raus aus dem Szeneghetto! Wer im eigenen Kiez verankert ist, kann auf Rückhalt zählen, Utopien nicht nur selbst leben, sondern als machbare Alternativen anbieten - und zu einer ernsthaften Bedrohung für die HERRschenden werden. Am Samstag wurde damit begonnen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Weitere Aktionen werden folgen.
Wir kämpfen mit dem Kiez, für den Kiez, für unsere Träume und Utopien!! Und gegen die Stadt, das Land, die Welt der Bullen, Bonzen und Bankiers!! Achtet auf weitere Infos.

LASST 100 DATES mit Dr. TRAUBE PLATZEN !!!

Dr. Traube: Prototyp der Hausbesitzer, die sich mit der Zerstörung unserer mühsam erstrittenen Kreuzberger Lebenswelt eine goldene Nase verdienen wollen.

Seine Spezialität ist das **Plattmachen** von Kneipen, in denen auch einfache Leute sich ein Bier leisten konnten und wollten <'Abendrot' PLU 45, Ecke Mariannenstraße>.

Nebenher kaufte er Roma beim Sozialamt Steglitz ein, pferchte sie auf Dachböden und Kellern <PLU 45 & Mariannenstr. 26> bis ein Fußboden in die darunterliegende Wohnung hinabstürzte und kassierte pro Nase und Nacht DM 25.

Ältere Mieter läßt er zum baldigen Abgang aus seinen Häusern auffordern. Er braucht Platz für profitbringende Umwandlungen, die selbst die Behörden schon auf den Plan gerufen haben.
Dr. Traube hat den Bogen überspannt. Wir in SO 36 haben uns entschlossen, daß die Räume des ehemaligen Lokals 'Abendrot' bis 1999 nicht mehr von ihm vermietet werden dürfen. Unser Protestprojekt 'Abendrot leuchtet über ganz Kreuzberg' soll Blockaden und Harfenklänge umfassen.

Abendrot bleibt dicht bis '99. **Eingang blockieren!**

LASST 1000 DATES mit Dr. TRAUBE PLATZEN!!!

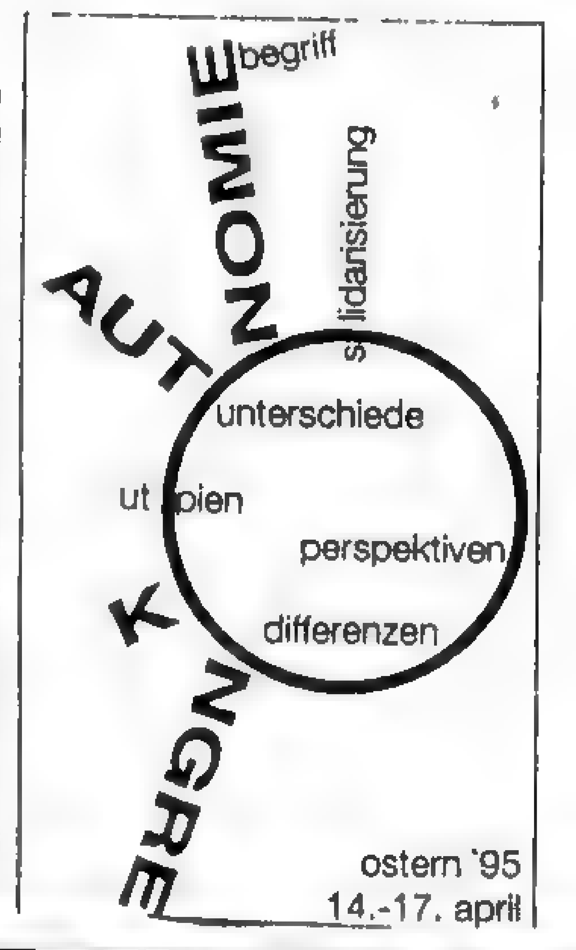
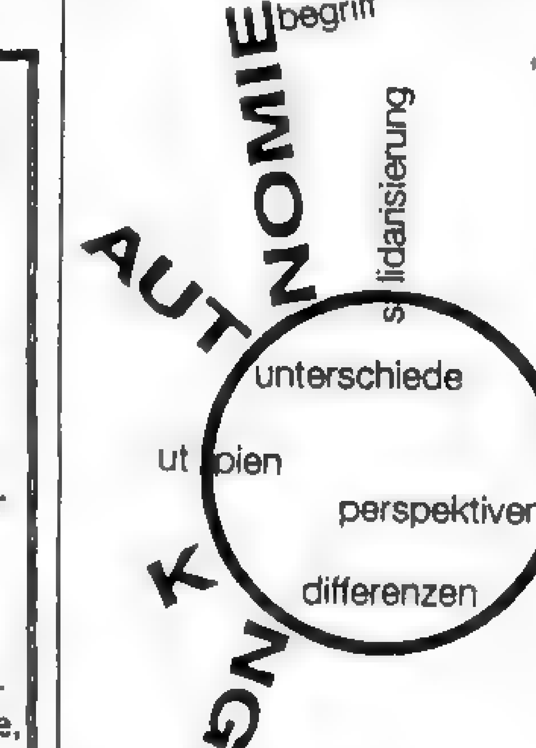
Praxistelephon: **456 18 44.**
Hämorriden-Chirurgie Müllerstraße 34a <U:Seestr.>.

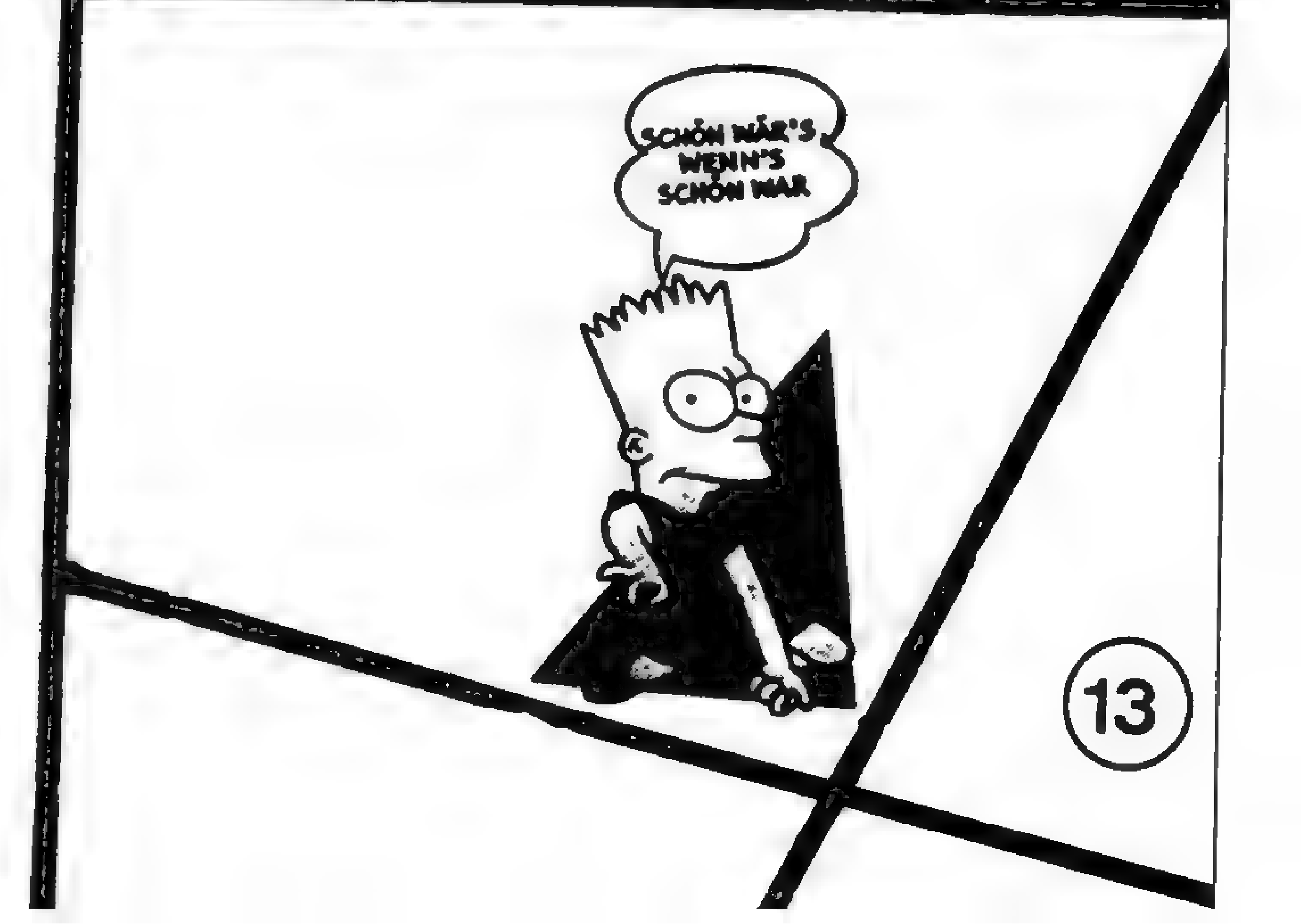
Vereinbart mehrere Termine unter anderen Namen und kommt nicht hin. Blockiert das Praxistelephon!
Noch besser: **Geht einfach mal so hin!**

* Rustikale Zorros #

Hi, kongreß + telefonwütige Companeros + Companeras

Die Zeit bis zum großen Autonomie- Oster-Kongreß wird nun langsam knapp und die Vorbereitungen treten in die " ganz heiße Phase". Da kann manchmal guter Rat nicht nur "teuer" sondern auch ganz dringend werden. Und wenn einem dann noch soviel an (Raum-) Schwierigkeiten wird beschert, daß ist doch dann allemal die Telefonnummer der Kongreßini wert. (Reim mit Haferschleim!)
Fur Kongresso - Sorgen, Nöte, Tips, Tricks + Ratschlage aller Art halten wir ab sofort jeden Tag zwischen 17 - 19 Uhr unser Info-Telefon besetzt. Dabei gilt: Nicht wir rufen sie, sondern Sie rufen uns an:
* 030 / 786 59 17 *



Der 20.April geht alle an

Was wollen wir mit der Demo?

Wir wollen die **Stärkung der ImmigrantInnen-und Jugendselbstorganisierung,** d.h wir wollen erreichen, daß sich ImmigrantInnen und Jugendliche bestehenden verbindlichen Gruppen anschließen oder neue Initiativen gründen.
Das zentrale Motto der Demonstation stellt sich **gegen die Kriminalisierung von** antifaschistischem Widerstand und **ImmigrantInnen**. Wir widmen die Demo Cengiz und Orhan, die immer noch mit einer Mord- bzw. einer Anklage wegen schwerer Körperverletzung zu rechnen haben. Wir finden, daß Widerstand gegen rassistischen Terror notwendig und richtig ist, daß Militanz gegen Nazi-Strukturen ein unverzichtbares Mittel dabei ist.
Das Leit-Transparent wird deshalb das Motto "Solidarität mit Cengiz und Orhan" haben.
Außerdem geht es uns im Zusammenhang mit dem **50.Jahrestag der Befreiung vom Faschismus um Widerstand gegeen den Rassismus und gegen die "Geschichtsaufarbeitung" der Bundesregierung.** Diese wird versuchen, den Nationalsozialismus zum schrecklichen "Ausrutscher" der Geschichte zu machen. Wir wollen dagegen aufzeigen, daß Faschismus und Rassismus hochaktuell sind, staatlich geschürt werden und wir dagegen Widerstand leisten.

Warum eine Demonstration ausgerechent am 20.April ?

Der 20.April ist eine Eroberung der Jugendlichen und ImmigrantInnen. Am 100. Geburtstag Hitlers, am 20.April 1989, verkündete der Berliner Senat über das türkischsprachige Lokalfernsehen, daß ImmigrantInnen an diesem zu Hause bleiben sollten. Es hieß, man befürchte rassistische Übergriffe. Die Jugendlichen, die meisten von ihnen ImmigrantInnen, taten genau das Gegenteil. Sie nahmen sich die Straßen, verhinderten Nazi-Aufmärsche und zeigten dadurch, daß sie sich das Recht zum Atmen und Leben nicht nehmen lassen. Das ist das wichtigste an diesem Datum: daß ein Teil der hier lebenden Menschen gegen die Weisungen von oben rebellierte, daß sich Leute ihr Recht selber genommen, daß sie selber gehandelt und sich organisiert haben. Für uns ist der Tag vor allem die Geburtsstunde einer Bewegung von unten, die danach an Stärke verloren hat, die wir aber wieder zum Leben erwecken wollen. Denn das Recht hier zu leben, kann uns niemand streitig machen.

Unter anderem aus der Erfahrung am 20.April 1989 ist auch die ImmigrantInnen-Gruppe *Antifasist Gençlik* entstanden. Ihre Arbeit mit Jugendlichen aus Gangs wurde vom Berliner Verfassungsschutz als eine der gefährlichsten Entwicklungen in der Linken eingeschätzt. AG symbolisierte das offensive Auftreten von ImmigrantInnen, die wissen, daß sie sich nur selber schützen können. Mit den Verhaftungen und Mordanklagen im Kaindl-Fall wurde diese Haltung kriminalisiert. Der politische Staatsschutz wollte den militanten Widerstand gegen den Rassismus brechen. Zwar ist er mit der Absicht, 10 Leute für Jahre in den Knast zu bringen, gescheitert, aber immer noch sind 2 Freunde von uns, Cengiz und Orhan, flüchtig. Cengiz muß weiterhin mit einer Mordanklage rechnen. Unabhängig von ihrer angeblichen Tatbeteiligung bei der Aktion gegen die Nazis im China-Restaurant Widerstand gegen den Rassismus ist notwendig. Nur in den Stadtteilen, in denen Nazis eins auf die Fresse bekommen, können sich ImmigrantInnen einigermaßen sicher bewegen. Ansonsten müssen sie in Deutschland um ihr Leben fürchten. Deswegen werden wir uns gegen die Kriminalisierung antirassistischen Widerstandes wehren.

Der 20.April ist außerdem auch lebendiger Ausdruck des Widerstandes von unten. Dieses Jahr feiert die Bundesregierung gemeinsam mit den Nachbarstaaten den 50.Jahrestag der "Befreiung vom Faschismus". Für die meisten Deutschen, die mit den Nazis kollaboriert haben oder selber welche waren, war der Tag allerdings alles andere als eine Befreiung. Er war ihre Niederlage. Befreit wurden die vorwiegend jüdischen Häftlinge in den Lagern und Knästen der nazis, die ZwangsarbeiterInnen, die WiderstandskämpferInnen und die von den Nazis besetzten Gebiete.Genau das sollten wir feiern!!!
In diesem Land haben wir von der Staatsmacht nichts zu erwarten. Alle "Eingliederungsprogramme", z.B daß jetzt AusländerInnen in die Polizei aufgenommen werden, sind Betrug. Rassistisch Diskriminierte sollen gespalten werden, Illegale und Legale werden gegeneinander ausgespielt. Mit der Integration von ImmigrantInnen in die Polizei will man die Aufklärungsrate steigern, aber nicht den Rassimus bekämpfen. Auch "Kanaken" mit deutschem Paß bleiben "Kanaken", die um ihr Leben fürchten müssen. Sie bleiben ausgegrenzt und in jeder Hinsicht benachteiligt.

50 Jahre nach dem Ende des Faschismus ist die staatliche Politik in Deutschland rassistisch und repressiv wie lange nicht mehr. In der Asyldiskussion wurden rassistische Progrome wie in Rostock politisch gedeckt. In der Polizei wachsen die braunen Tendenzen: Der Berliner Staatsschutz gibt Informationen über Antifas an Nazis weiter (wie im Kaindl-Fall), den Verbindungen der Berliner Faschisten mit den österreichischen Bombenbauern wird nicht nachgegangen, mißliebige Journalisten werden (wie zuletzt in Hamburg) von Polizisten verprügelt.
Dutzende von rassistischen Übergriffen durch die Polizei hat es in den letzten Monaten gegeben. ZigarettenverkäuferInnen sind verprügelt und vergewaltigt worden, türkische Jugendliche, die beim Schwarzfahren erwischt werden, wurden mißhandelt, AsylbewerberInnen bei ihrer Abschiebung ermordet (wie im Fall eines Nigerianers, der an der Knebelung durch Polizeibeamte erstickte).

Lange hier lebende ImmigrantInnen werden zu Illegalen gemacht. Vietnamesische VertragsarbeiterInnen, die von der DDR-Führung ins Land geholt und schon damals Scheiße behandelt wurden, werden jetzt abgeschoben. Die Grenzen sind dicht, in der Oder ertrinken Flüchtlinge, die versuchen, über Polen nach Deutschland einzureisen. Der Bundesgrenzschutz verhindert, daß die Ausgebeuteten der ganzen Welt in dieses Land kommen, um den ihnen zustehenden Anteil am Reichtum einzufordern.
Aber die Repression betrifft nicht nur ImmigrantInnen, sondern auch Jugendliche, die nicht in das Bild des braven Deutschen passen. Während Jung-Nazis offiziell als "orientierungslose Jugendliche" bezeichnet werden und weitgehend ungestraft Menschen aus den S-Bahnen werfen dürfen, müssen SprayerInnen oder andere Leute aus Subkulturen mit härtesten Strafen rechnen. So gab es ca. 90 Hausdurchsuchungen gegen die Sprayer- und Taggerszene, die vom Berliner Polizeipräsidenten Saberschinsky als eine Quelle der Gewalt in der Stadt bezeichnet wurde. Der angeblich zum Schutz vor rassistischen Übergriffen in der S-Bahn patrouillierende BGS tut nichts gegen Nazis. Im Gegenteil - er verfolgt, verprügelt und kriminalisiert vorwiegend SprüherInnen und ausländische Jugendliche. Das sind die Verhältnisse in Deutschland. Rassisten werden entschuldigt, ImmigrantInnen und Jugendliche verfolgt, kriminalisiert, abgeschoben und ermordet. Vor allem gegen KurdInnen richtet sich die Hetze. Mit Waffenlieferungen unterstützt die deutsche Regierung die Vernichtung von kurdischen Dörfern, die Flüchtlinge aber macht man zu "Terroristen".

Dazu kommt die Verschärfung der sozialen Situation. Soziale Absicherungen werden auf allen Ebenen abgebaut. Die Sozial- und Arbeitslosenhilfe ist immer schwerer zu bekommen, die Löhne werden real gekürzt. Immer mehr Menschen hängen im Nichts. Auch hier sind ImmigrantInnen und Jugendliche diejenigen, die als erste betroffen sind.
Die Reichen werden reicher, wir verlieren das Mindestmaß an Menschenwürde. Auch dagegen müssen wir uns wehren. Wir haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben und eine anständige Grundversorgung.

Aus diesen Gründen scheißen wir auf die Feierlichkeiten dieses Staates zum 50Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wenn die Verhältnisse wieder danach wären, würde die herrschende Klasse in Deutschland kein Problem damit haben, wieder Millionen in den Tod zu schicken. Diese Regierung hat kein Recht, mit den Opfern des Faschismus gemeinsam zu feiern. Täter und Opfer haben nichts miteinander gemeinsam. Der Rassismus und die Unterdrückung in diesem Land sind weitergegangen, sie haben eine Kontinuität. Natürlich sind die Verhältnisse nicht vergleichbar mit denen vor 50 Jahren, aber auch heute ist Widerstand notwendig.

Am 20.April werden wir unseren Widerstand lebendig auf die Straße bringen

Polizei raus aus unseren Kiezen, wir haben genug von den rassistischen Übergriffen! Abschiebestop!
Aufenthaltsrecht für alle!
Schluß mit der Hetze gegen KurdInnen!

Wie wird die Demo aussehen?

Im Vorfeld soll es kleine Konzerte vor einigen Schulen geben! Eigene Aufrufe und die unterstützende Beteiligung von deutschen Gruppen sind erwünscht!!!
Auf der Demo selber wollen wir auch den kulturellen Widerstand von Jugendlichen zum Ausdruck bringen. Auf lange Redebeiträge werden wir verzichten.
Die ImmigrantInnen werden vorne laufen, dahinter gibt es einen Jugendblock. Andere Gruppen können sich dahinter einreihen, auch gerne eigene Blöcke bilden.

Den Widerstand gegen den Rassismus auf die Straße bringen!!!

ZUM 20. APRIL

Am 20. April 19889 -dem 100. Geburtstag Hitlers- sind viele türkische und kurdische Jugendliche nicht zu Hause geblieben, wie es ihnen der Senat angesichts der zu erwartenden Übergriffe von Rechtsradikalen angeraten wurde.
Sie haben sich die Straße genommen, anstatt sich zu verstecken.
Seitdem steht dieser Tag für einen offensiven Schritt gegen Rassismus, mit dem MigrantInnen tagtäglich konfrontiert sind. Jugendliche MigrantInnen fingen an, sich selbst zu organisieren.
Auch dieses Jahr wird die Demo am 20. April bewußt von überwiegend MigrantInnen vorbereitet, da sie die Erfahrung gemacht haben, daß ihre Interessen als MigrantInnen in gemischten Strukturen nicht berücksichtigt werden und eine eigenständige Entwicklung nicht möglich ist.
Auch wenn wir als vorwiegend deutsche Gruppe die Demo aus diesen Gründen nicht inhaltlich mit vorbereitet haben, wollen wir sie aktiv unterstützen.
Wir halten die Demo an diesem Tag für wichtig, da sie mittlerweile traditioneller Ausdruck des antifaschisitischen und antirassistischen Widerstands von MigrantInnen ist. Wir wollen unsere Solidarität zum Ausdruck bringen, indem wir dazu aufrufen, sich an dieser Demo zu beteiligen.
Ohne sich mit MigrantInnen abzustimmen, für die dieser Tag eine besondere Bedeutung hat, plant die JRE zeitgleich eine Demo in Marzahn und reduziert damit dieses Datum wieder auf eine bloße Reaktion gegen Naziübergriffe.

- NI UN PASO ATRAS ! -

F.E.L.S.

Solidarität mit Cengiz & Orhan!

dringender aufruf!

daß einiges in der szene ziemlich schleppend vor sich geht, ist vielleicht oft ausdruck eines lebensgefühls und auch gar nicht schlimm. manches aber schon. wir haben jetzt seit einem dreiviertel jahr unseren "neuen" laden und trotzdem kommt fast zwei drittel unserer post noch an die alte adresse. da demnäxt unsere verbindungsmenschen an der uni weg sind, muß sich das schnellstens ändern! bitte schaut mal in eure kartei und erneuert sie gegebenenfalls!:

INFOLADEN BANKROTT - DAHLWEG 64 - 48153 MÜNSTER

Vorbemerkung: Die B259 ist eine neue Gruppe, die sich aus ImmigrantInnen- und deutschen Jugendlichen (und paar älteren 'Freunden der Jugend') zusammengefunden hat. Unser Ziel ist es eine politische Kultur und Praxis von Jugendlichen für Jugendliche zu entwickeln, wo egal ob nicht-deutsch oder deutsch, Anliegen aller in einem gleichberechtigten Verhältnis zueinander stehen. Eine Beschränkung unserer Arbeit auf einen Teilbereich existiert nicht.
Das nachfolgende Papier wurde von ImmigrantInnen aus unserer Gruppe geschrieben, welches auch von unseren Nicht-ImmigrantInnen getragen wird. Wir freuen uns auf eine offene, kontroverse, ehrliche Diskussion mit anderen Gruppen (*bitte in einer verständlichen Art und Weise schreiben*), da wir das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ImmigrantInnen-Gruppen als eine Katastrophe empfinden. DIE B259 GHETTO EŞEKS

solidarität mit orhan und cengiz

wir, immigrantInnen aus der B259, erklären:

vor fast 40 jahren wurden wir hier eingeladen. deutschland brauchte arbeiter und unsere eltern kamen in scharen. sie träumten von einem besseren leben, von einer glorreichen zukunft. sie schufteten in den miesesten fabriken und bekamen dafür nur einen bruchteil dessen, was ein deutscher bekam. sie kannten alle pflichten, aber hatten keine rechte. 'gastarbeiter', 'kanaken', 'itaker' - all dies ließen sie sich gefallen, denn sie brauchten das geld. und von anfang an lernten sie kennen, was es heißt in deutschland ein 'gast' zu sein - hier zu arbeiten, hier zu sterben.

wir, ihre kinder, wuchsen in einem klima des latenten hasses und offenen rassismus auf. zu jeder zeit und an jedem ort wussten wir, daß wir nur 'gäste' waren. 'gäste' auf abruf, und mit sondergesetzen, die uns regulieren sollen. 'gastarbeiter', aber keine menschen.

fast 6 jahre nach der maueröffnung, blicken wir auf eine statistik von über 120.000 angriffen auf uns (allein in diesen 6 jahren). über 80 von nazis und rassisten ermordete menschen mussten an die 'gastfreundschaft' deutschlands glauben. dieser staat brauchte seine opfer, um sie seinem mob, welches treu in der deutsch-rassistischen kontinuität steht, in den schlund zu werfen. eine schon immer bewährte tödliche allianz zwischen rassistischen proletariern, teilen des bürgertums und dem deutschen kapital. deutschland wusste sein handwerk schon immer zu beherrschen. tod und hass - made in germany.

und heute, im jahr der staatsfeierlichkeiten zur befreiung vom hitler-faschismus, will deutschland uns klarmachen, daß es in den letzten 50 jahren dazugelernt, und nun ein recht darauf hätte, mit seiner vergangenheit, die über 32 millionen menschen das leben gekostet hat, abzuschliessen. es werden gefallene deutsche, die in keinster hinsicht jemals opfer waren, mit opfern des nazi-terrors gleichgesetzt. eine in einem deutschen kz ermordete jüdin hat für die deutschen den selben stellenwert, wie ein toter nazi. deutschland gedenkt seiner toten, die es immer wussten, zum rechten zeitpunkt den rechten arm zu strecken. deswegen: deutsche opfer - na und? wenn die verhältnisse danach wären, würde die herrschende klasse in deutschland kein problem damit haben, wieder millionen von menschen in den tod zu schicken. deutsche täter haben mit ihren opfern nichts gemeinsam. heute nicht, wie auch damals nicht. geschissen auf deutsche opfer, die das system mitgetragen haben; wir werden am 8. mai nicht die befreiung deutschlands feiern - nein- sondern seine niederlage und kapitulation.

am 15. märz 1995, stellte sich unser genosse orhan, nach einanderthalb jahren auf der flucht, den deutschen behörden. ihm wird beteiligung an einer antifaschistischen aktion gegen organisierte nazi-kader vorgeworfen, die sich am 4. april 1992 in einem kreuzberger chinarestaurant traffen. bei dieser aktion kam der nazi-kader 'G. Kaindl' ums leben. obwohl die deutsche justiz gegen orhan keine beweise hat, wurde der haftbefehl gegen ihn nach beendigung des 'kaindl'-prozeßes, nicht aufgehoben; unser freund und genosse Cengiz wird weiterhin mit internationalem haftbefehl gesucht. aufgrund dieser seit jahren gegen uns anhaltenden repression heißt es für uns gerade deswegen unverändert: nazis und rassisten zurückschlagen - ohne wenn und aber. über rassismus brauchen wir nicht erst hunderte von seminare abzuhalten, bevor wir es klar haben, dagegen etwas zu unternehmen. nein. rassismus ist für uns eine alltägliche realität, die so nicht von den meisten weißen deutschen nachempfunden wird. wir sind nicht in der lage, uns so wie der wind steht, in unsere häuser zu verkriechen oder blonde haare zu einem scheitel zu kämmen. jede provokation von rechts kann für uns tödlich enden. antifaschismus, anti-rassismus, wenn auch für viele nicht ideologisch manifestiert, ist für uns eine alltägliche, unter umständen tödliche, praxis, als elementarer bestandteil unseres lebens. deswegen sind äußerungen von deutschen antifaschistInnen für uns mehr als ärgerlich, wenn in einem flugblatt erklärt wird, sie wären diejenigen, die von der „härtesten repressionswelle gegen antifaschistInnen in der brd seit der kommunistInnen-hetze in den 50' jahren" betroffen sind. eine ignoranz und selbstüberschätzung, die keiner näheren erläuterung bedarf. **antifaschismus, nur noch von und für deutsche?** trotzdem - bei aller kritik, die wir an vielen deutschen linken gruppen haben, ist es wichtig für uns, zueinander solidarisch zu sein und gemeinsaml für eine perspektive zu kämpfen, wo es kein deutsch und nicht-deutsch mehr geben wird. unser solidaritätsbegriff ist ein ganz anderer, als was viele deutsche linke darunter verstehen. wir machen solidarität nicht an der kritik, die wir an einer sache haben können, fest. solidarität schließt niemals die kritik aus, kritik niemals die solidarität. eine deutsche linke, die sich auch als eine radikal, 'revolutionäre' linke verstanden sehen will, kämpft entweder mit oder gegen uns. die grenzen zwischen verschiedenen formen des kampfes und widerstands verlaufen nicht vertikal, sondern horizontal, gleichberechtigt!

ganz interessant war es, als anfang märz, bfc-hools vom fc dynamo berlin, per flugblatt, zu mord an immigrantInnen aufriefen. all dies sollte während eines spiels zwischen dynamo und türkiyemspor in hohenschönhausen (berlin-ost) stattfinden. es fand eine mobilisierung innerhalb der berliner antifaschistischen szene statt, die auch in der linken presse verbreitet wurde. das heißt, alle wussten bescheid. treffpunkt und termin für antifaschistInnen wurden klargemacht, um gemeinsam zum stadion zu fahren. für uns war klar, dahin zu fahren und so erwarteten wir dies auch von anderen antifaschistInnen. weit gefehlt. bis auf ein dutzend immigrantInnen und ca. 40 deutschen antifaschistInnen, von denen die meisten unter 18 waren, war sonst weit und breit nichts zu sehen. dafür waren wir mit über 200 kurzgeschorenen fascho-hools im stadion konfrontiert, unter ihnen fap-kader tambach und ca. 20 glatzen mit berliner 'gauabzeichen'. wir entgingen am schluß nur ganz knapp einer hautnahen konfrontation mit den fascho-hools, weil unsere straßenbahn eine sekunde vorher losfuhr. auf einem treffen darauf, wurde von deutschen antifaschistInnen die meinung vertreten, die nicht zum spiel gekommen waren, daß für sie eine klar zu erkennende bedrohung nicht gegeben war, und die bullen eh ein massives aufgebot angekündigt hatten. scheint so, als ob sich die deutsche linke mittlerweile schon auf die präsenz der bullen irgendwo verläßt. na dann gute nacht.

alleine wirst du eingemacht, gemeinsam sind wir stark! b259

alleine wirst du eingemacht, gemeinsam sind wir stark! b259

an unseren bedingungen · und forderungen hat sich nichts geändert:

- solange sich in dieser gesellschaft kein bruch in seiner rassistischen, faschistoiden kontinuität abzeichnet
- solange leben für uns weiterhin ausnahmezustand bedeutet
- solange sich die deutsche linke, nicht ernst zunehmend sich mit unserer lage auseinandersetzt und sich nicht ernstzunehmend dazu verhält
- solange unser genosse Cengiz weiterhin mit internationalem haftbefehl gesucht wird und deswegen auf der flucht ist, und unser genosse Orhan im knast bleiben muss
- solange wir es für nötig halten, gegen diesen staat und seinem mob zu kämpfen

dann heisst dies alles nichts anderes als :

WIDER DEN RASSISTISCHEN NORMALZUSTAND

wir sind es satt, die uns aufgedrückte opfer- und sündenbockrolle länger gerecht zu werden. es erfüllt uns mit stolz, all eure vorurteile zu bestätigen. unser schicksal liegt in unserer hand, und wir sind entschlossen, es uns nicht aus der hand nehmen zu lassen. was deutsche von solidarität halten, mussten wir zu genüge an unserem leibe spüren; viele mussten mit ihrem leben bezahlen. unsere wut und trauer um die ermordeten sind groß, aber wir lassen uns von ihr nicht lähmen. deutschland ist das land, in dem viele von uns geboren wurden, in dem wir ausgewachsen sind, und wir werden weiterhin hier bleiben und kämpfen. wir lassen es nicht zu, daß unsere grundlegendsten rechte mit füßen getreten werden. von niemandem. deutschlands anliegen ist groß, den widerstand in unseren reihen zu brechen, aber er wird nicht zu brechen sein, denn an unserer solidarität und entschlossenheit untereinander, wird sich noch so manch einer sein genick brechen. versuche von seiten des staates, uns in sein rassistisches system einzubinden, und uns gegeneinander auszuspielen, gilt es entgegenzuwirken. es gibt keine versöhnung mit deutschland, welches uns seit jahrzehnten, wie ein stück scheiße behandelt. wir sind nicht des deutschen ''''schmuck-nigger'''', wie es sich so manche wünschen. kampagnen, wie :"jeder deutsche braucht einen ausländer als freund", ekeln uns an.

als zeichen und ausdruck unseres widerstandes, wird es auch in diesem jahr die traditionelle 20. april-demo in berlin geben. die straßen, die wir uns in langen kämpfen erobert haben, werden wir nicht an deutsche stiefelfaschisten abgeben. ganz im gegenteil. dieser tag ist unser tag des widerstands von jugendlichen und immigrantInnen. sie forderten uns damals, 1989, auf, zu hause zu bleiben, wir gingen auf die straße. und das werden wir auch sonst tun. die straßen gehören uns.

KEIN FRIEDE MIT DEUTSCHLAND!

DEMO: 17 Uhr
20 April 1995 - BERLIN
U-Bhf Kottbusser-Tor

alleine wirst du eingemacht, gemeinsam sind wir stark!



Die Dokumentation zum
Organisierten Erbrechen
Kriminelle Menschenversuche und rassistische Quälereien auf Bremer und Frankfurter Polizeiwachen

[...] Teilweise bemerkt man bei den Klienten ein sehr intensives Kämpfen gegen den Brechreiz. Sie sind mitunter dazu in der Lage, das erste Erbrechen weit über die durchschnittliche Zeit von etwa 50 Minuten hinauszuzögern. So haben wir Wartezeiten bis zum Auslösen des Erbrechens zwischen 5 Minuten und 3 Stunden. Insgesamt wurden bis zum 15.8.93 einschließlich der vorangegangenen frustranen Versuche mit Apomorphin 202 Fälle bei uns bearbeitet. Die Altersstruktur der vorgeführten Personen bewegt sich zwischen 16 und 35 Jahren, die überwiegende Anzahl der Klienten waren Schwarz-Afrikaner, die Anzahl der Weissen / Europäer beschränkte sich im Berichtszeitraum auf 36 Personen. Da mitunter bei längerer Wartezeit bis zur Vorführung bei uns (> 2 Std.) oder aber bei sehr willensstarken Klienten, die intensiv gegen sich anbahnendes Erbrechen kämpften, Rauschgiftpäckchen zunächst nicht gefördert werden konnten, hatten wir anfangs, um ein Abgehen der Rauschgiftcontainer per viae naturales zu erzielen, als Laxans Oleum Ricini verabreicht. Dabei konnten wir feststellen, dass das Schlucken des Abführmittels häufig das unterdrückte Erbrechen relativ schnell auslöste. Eine noch bessere Wirkung erzielte dabei das Laxans: Sal carolini fact. in der Form "Sprudelsalz" (auch bekannt als Karlsbader Salz) - es führte zu einer Beschleunigung des Erbrechens. In mehreren Fällen stellten wir bei den jeweils vorausgehenden Untersuchungen / Anamneseerhebungen fest, dass versucht wurde, die Inspektion der Mundhöhle mit Spachtel und Lampe zu erschweren, gelegentlich versuchten die Klienten auch dabei, den untersuchenden Arzt zu beissen. Wir setzen in solchen Fällen Kieferklemmen ein [...]

Aus einer Pressemitteilung des Bremer Polizeiarztes Dr. Männche



Inhalt

Polizei und Rassismus
Zur Kontinuität der Gewalt auf Bremer Polizeiwachen

Polizisten, die zum Brechen reizen
Dokumente, Gutachten und Berichte von Betroffenen

„Einer hat mal 'nen Flachmann geschluckt..."
Brechmitteleinsatz in Frankfurt

Anhang
Weitere Dokumente, erste Reaktionen der Öffentlichkeit

Dokumentation, 40 Seiten

Antirassismusbüro Bremen
Sielwall 38
28203 Bremen

Telefon (0421) 70 64 44
Fax (0421) 70 64 45

Einzelpreis		5,-
ab 5 Expl.	je	4,-
ab 10 Expl.	je	3,50
ab 20 Expl.	je	3,- + Porto

Überweisungen bitte im Voraus unter Angabe der genauen Lieferadresse an:
Flüchtlingshilfe Bremen
Konto 17 200 833
Sparkasse in Bremen
BLZ 290 501 01

Auf dieses Konto können auch Spenden zur Unterstützung (z.B. Anwaltskosten) der von polizeilichen Mißhandlungen betroffenen Flüchtlinge eingezahlt werden.

ALLES
IST NOCH NICHT VORBEI

nun ist auch der 2. teil des videos zum *"fall kaindl"* fertig.
neben dem ersten teil, wo es hauptsächlich darum geht, welche faschos sich und warum am 4. 04. 92 getroffen haben, beschäftigt sich der zweite teil mit dem prozeßverlauf.
dazu gibt es interviews mit einem anwalt, internationalen prozeßbeoachterInnen und seki.

das gesamte video ist ca. 1 stunde lang und ist zu beziehen über
autofocus
eisenbahnstrasse 4
10997 berlin

macht veranstaltungen und soliparties!
denn, alles ist noch nicht vorbei!
gegen die kriminalisierung von antifaschistischen widerstand !

Sofortige Freilassung von Orhan !

Seit dem 14.3.95 sitzt unser Freund und Genosse Orhan Ulusal in Haft. Am 4.4. 92 kam es in einem Chinarestaurant am Kottbusserdamm zu einer Auseinandersetzung, zwischen AntifaschistInnen und den im Restaurant anwesenden Nazis. In deren Folge kam der Nazi Gerhard Kaindl ums Leben.
Erst nach anderthalb Jahren dubiosen Ermittlungen durch den berühmt berüchtigten Berliner Staatsschutz, kam es am 15.11.93 zu mehreren Festnahmen. Duch die noch ungeklärten Umstände in deren Folgen Erkan S. belastende Aussagen machte, führten zu einer Verhaftungs und Fahndungswelle.
Orhan und andere AntifaschistInnen wurden per internationalem Haftbefehl wegen gemeinschaftlichem Mordes, versuchtem Mordes und Körperverletzung gesucht. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen die fünf AntifaschitInnen und den beiden Jugendlichen.
Die Anklage lautete auf Mord und sechsfachem Mordversuch. Der anschließende Prozeß, der am 20.9.93 begann, machte die Absurdität der Anklage und die Interessen der deutschen Justiz und des Berliner Staatsschutz deutlich.
Ihr Interessen waren, durch lebenslange Haftstrafen für die gefangenen AntifaschistInnen die gesamte antifaschistische Bewegung eizuschüchtern und zu kriminalisieren. Insbesondere wurde hier versucht die ImmigrantInnen Initiative Antifaschist Genclik zu kriminalisieren.
Obwohl der Prozeß die Konstruktionen des Staatsschutzes zum Platzen brachte, und es deutlich wurde, daß es keine direkte Beteiligung von Orhan an der Aktion im Restaurant gab, wurde sein Haftbefehl nicht aufgehoben.
Staaschutz, Interpol und diesbezüglich die türkischen Bullen terrorisierten die Familienangehörige und Freunde von Orhan und Cengiz.
Nach andererthalb Jahren auf der Flucht stellte sich Orahn dem Haftrichter, er wurde sofort in Haft genommen.
Die ungerechtfertigte Inhaftierung von ihm zeigt deutlich, daß die deutsche Justiz sehr wohl unterscheidet zwischen detschen und ImmgrantInnen.

Wir fordern die sofortige Freilassung von unserem Genossen Orhan.
Wir rufen alle AntifaschistInnen auf, Orhan nicht alleine zu lassen, sonderen gemeinsam mit uns eine starke Solidaritätsbewegung aufzubauen!

Wir fordern die Vorverurteilung unseres Freundes und Genossen Cengiz zu beenden und sein Haftbefehl aufzuheben!

Wir wollen euch wieder in unseren Reihen sehen und unseren geinsamen Kampf weiterführen!

Liebe und Kraft für Orhan und Cengiz

Kampf dem Rassismus, Faschismus und Sexismus!

Antifasist Genclik-Komitee.

Spendenkonto: S.Zillich Kto.Nr. 470 283 45
Berliner Volksbank BLZ 100 900 00

Orhan freut sich über viel Post!!!!
Orhan Ulusal, BuchNr. 1280/95
UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10 559 Berlin

Neues aus dem Schweinestall:

Hans-Hugo Heimgärtner

quiekt

!

In der letzten Woche, zwischen dem 20.03. und 23.03.95, flatterte fünf Menschen höchst unangenehme Post auf den Tisch. Ihnen wird von der Göttinger Staatsanwaltschaft (Staatsanwalt Heimgärtner) vorgeworfen, sich strafbar gemacht zu haben und zwar folgender "Verbrechen und Vergehen": schwerer Landfriedensbruch, Totschlag, Brandstiftung.
Diese Straftaten sollen sie am 26.10.91 in Mackenrode verübt haben.

Zur Erinnerung: Im Oktober '91 wurde ein Seminar, das nationalistische Kreise unter Beteiligung Hans-Michael Fiedlers in Bursfelde durchführen wollten, verhindert; am darauf folgenden Tag fand eine Aktion gegen das FAP-Schulungszentrum in Mackenrode statt. Nach der Aktion in Mackenrode stellten die Bullen, die in der Umgebung Mackenrodes Straßensperren errichtet hatten, willkürlich die Personalien von 15 Personen fest.

Der Ermittlungsapparat wurde sofort auf Hochtouren gebracht: Einer Reihe der Faschos, die von den Aktionen in Mackenrode betroffen war, wurde mindestens eine Lichtbildmappe vorgelegt, in der sich Fotos von diversen Personen befanden, die die Bullen der autonomen Szene zurechneten. Auch einigen Angestellten der Lokalität in Bursfelde wurde diese Lichtbildmappe gezeigt, um Autonome zu identifizieren. Durch diese Lichtbildmappe und Personalienfeststellungen kamen die Bullen auf mindestens 40 Personen, gegen die in diesem Zusammenhang ermittelt wurde. An fünf Jugendliche, darunter ein 13jähriger, wurden zunächst Vorladungen als Beschuldigte wegen Landfriedensbruchs verschickt.

Kurz darauf wurden die Ermittlungen auf den §129a ausgedehnt, welcher aber mittlerweile wieder eingestellt wurde. Grundlage für die Ermittlungen nach diesem Paragraphen war das Konstrukt, daß 52 Anschläge, die bis in das Jahr 1981 zurückreichten und zu denen die Aktionen in Bursfelde und Mackenrode gehören, von einer oder mehreren terroristischen Vereinigungen begangen worden seien.Die zuletzt genannten Aktionen fungierten dabei als Aufhänger für diese Ermittlungen.
Dabei ist anzumerken, daß der jüngste der Beschuldigten 1981 gerade mal drei Jahre alt war!

Ein wesentlicher Teil der Ermittlungsarbeit bestand seit Herbst '91 darin, Menschen aus der autonomen Szene Göttingens zu observieren und ihre Telefone abzuhören. Parallel dazu wurde die schon erwähnte Lichtbildmappe kontinuierlich aufgestockt.

Die Methode, Faschisten Lichtbildmappen zur scheinbaren Identifizierung Autonomer vorzulegen, hat in Göttingen Geschichte:
Nachweisbar seit Februar '92 sind Faschos gezielt von Bullen des LKA aufgesucht, bzw. vorgeladen und als Zeugen vernommen worden. In mehreren Fällen wurden ihnen dabei verschiedene Lichtbildmappen vorgelegt, und sie wurden gefragt, ob sie Antifas erkennen - insbesondere solche, mit denen sie angeblich schon mal Ärger hatten. Zumindest in einzelnen Fällen wurden ihnen dabei die Namen genannt, auf die die Bullen es abgesehen haben. Schließlich wurden einige der Faschisten von den Bullen bewegt, Anzeigen gegen Antifas zu erstatten. In diesem Licht ist übrigens auch der Besuch eines LKA-Beamten bei Hans-Michael Fiedler im Vorfeld der Demonstration gegen seine Faschisten-Zentrale zu sehen. Der Ermittler wollte von Fiedler wissen, wer den Demoaufruf verbreitet hat.
Das Anliegen des LKA'lers legt nahe, daß auch hier Lichtbildmappen eingesetzt worden sind.

Beispielhaft für diese Ermittlungen ist, daß Oliver Simon, einer der Mörder Alexander Selchows, im Oktober '92 zum zweiten Mal von LKA'lern im Jugendknast in Hameln aufgesucht worden ist, um ihn unter Vorlage einer Lichtbildmappe zu einer Aussage gegen vier angeblich erkannte AntifaschistInnen zu bewegen. Aus den Aussagen der Faschos hat die Göttinger Staatsanwaltschaft bis heute mindestens fünf Verfahren wegen Körperverletzung etc. gegen insgesamt acht Menschen angestrengt und abgeschlossen. Hierbei gab es bisher zwei Einstellungen und zwei Freisprüche.

Diese Form der Zusammenarbeit zwischen organisierten Faschisten und Sicherheitsdiensten findet nun seine Fortsetzung vor Gericht. Aufbauend auf den Aussagen folgender Nazis zimmert sich die Göttinger Staatsanwaltschaft das Lügenkonstrukt zusammen:

- Michael Homeister:
  aktives FAP-Mitglied, Kroatien-Söldner, Waffenschmuggler; sitzt derzeit in der JVA Wolfenbüttel wegen diverser schwerer Gewalttaten
- Thorsten Heise:
  Landesvorsitzender der (mittlerweile verbotenen) FAP; hat versucht, mit seinem Wagen einen Flüchtling zu überfahren und ist wegen diverser Körperverletzungen verurteilt worden
- Stefan Koller:
  Polaczek-Zögling, ehemaliger Leiter des Referates Propaganda der FAP, mehrfach verurteilt (Axt-Schwinger, Schüsse auf Bullen), "brutal bin ich besser"
- Stefan Bliesmer:
  Schatzmeister der FAP Niedersachsen, Mitglied in der Wiking -Jugend und in der 'Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener' (HNG)
- Glenn Goertz:
  ehemaliger Bundesgeschäftsführer der FAP, Landesvorsitzender der FAP Schleswig-Holstein, Herausgeber der FAP-Zeitung "Standarte"

Diese Anklagen stehen ebenso wie die Verfahren gegen den "Buchladen Rote Straße", Antifa (M) und andere im Zusammenhang mit den Gesinnungsschnüffeleien von LKA und Generalstaatsanwaltschaft seit mindestens 1991.
Der Versuch, linke und autonome Politik über eine breitangelegte Kriminalisierung zu diffamieren, soll letztlich auch eine Solidarisierung mit den Angeklagten verhindern.

Solidarität mit ALLEN Angeklagten!

Widerstand ist nicht kriminell, sondern notwendig!

Ein paar Autonome /GÖ

"Wir versuchen, soweit es geht, mit der Polizei zusammenzuarbeiten — ihnen, wenn es geht, Straftäter zuzuführen; das klappt teilweise gut. Wir stehen durchaus positiv zur Polizei, speziell zu zivilen Streifenkommandos, aber es gibt natürlich auch Reibungen untereinander."

Thorsten Heise im "Zack-Magazin", WDR, November 1989



Rosen, Tulpen, Nelken - alle Blumen welken !

Vom 29.April bis 8.Oktober dieses Jahres findet die Bundesgartenschau (BUGA '95) in Cottbus statt. Cottbus, im Süden Brandenburgs hat ca. 130000 Einwohner, und ist von den typischen Problemen ostdeutscher Kommunen betroffen. Im Rahmen des Aufschwung Ost erhoffen sich Oberbürgermeister, Stadtparlament und Mittelstand durch die BUGA eine Aufwertung des Images der Stadt und dadurch Ansiedlung von Kapital und somit die Lösung der "städtischen" Probleme.

Das Gros versprochener Arbeitsplätze und Investitionen durch bevorzugt heimische Firmen war dabei von vornherein nicht umzusetzen. Die Entwürfe und Durchführungen von Bauvorhaben wurden größtenteils durch westdeutsche Großunternehmen realisiert. Die heimische Produktion und Vermarktung von BUGA-Souvenirs wirkt in diesem Zusammenhang lächerlich. Das gastronomische Gewerbe wird von den drei westdeutschen Luxusketten MARITIM, HOLIDAY INN und der Berliner Firma SORAT, die dort durch ihre Flüchtlingsheime und Wachschutzdienste bereits bekannt ist, dominiert. Welchen Zweck diese Hotels nach der BUGA erfüllen sollen, steht allerdings in den Sternen. Mit Hilfe groß angelegter Werbekampagnen wird nun seit einem Jahr versucht, die Gartenschau regional und bundesweit bekannt zu machen.

Bisher wurden durch die Stadt 32 Mio., durch das Land Brandenburg 66 Mio. DM investiert. Darin enthalten sind Mittel aus der sog. Modellstadtförderung, mit deren Hilfe Altbauten und touristisch wertvolle Gebäude in den Innenstädten saniert werden sollen. Um sämtliche Investitionen zu akkumulieren, müßten sich täglich 20000 Menschen auf den Weg in die Lausitzmetropole machen.

Bisher sind nach einer Umfrage der Cottbuser Umweltbude (CUB) 60% der Befragten für die Bundesgartenschau (150 befragte Personen). Das relativ geringe Interesse ist allerdings mehr Spiegelbild der Gleichgültigkeit der Cottbuser für ihre Stadt. Bisher kam es nur im Rahmen des Abbaus von Kitas zu größeren Protesten. Die Kritiken aus bündnisgrünen Kreisen sind seit einiger Zeit verhallt, allein die überall sichtbaren Grafittis NO BUGA CITY zeugten bis vor kurzem von Protest. Letzterer wurde mit einer ganzen Seite Hetzartikel im lokalen Tageblatt LAUSITZER RUNDSCHAU beantwortet, und wird seit einigen Wochen von Hausdurchsuchungen und eingeleiteten Verfahren verfolgt.

Vor einem Monat gründete sich die BUGA-INI, um nicht nur auf den Schwachsinn einer BUGA aufmerksam zu machen, sondern um die gesamte Palette ökologischer und sozialer Probleme in der Stadt, eingeordnet in die gesellschaftlicen Verhältnisse, zu benennen, und möglichst breiten Protest zu organisieren. Den Auftakt sollen phantasievolle Aktionen und eine Party unter dem Motto: "ROSEN, TULPEN, NELKEN, alle Blumen welken" im Club CHEKOV am Tag der Eröffnung durch den Schirmherren, Bundespräsident Roman Herzog, bilden.

PARTY / KONZERT am 29.April ab ca. 17Uhr im CHEKOV am alten Strombad

weitere Informationen über: CUB, c/o BUGA-INI, Straße der Jugend 100, 03044 Cottbus

NO - BUGA- CITY

WER MIT UNS NICHT RECHNET, ZAHLT DRAUF !

Wir haben gestern Nacht (2.4.95) das Haus von Frau Karstedt mit Farbe und ihr Auto mit Säure behandelt.
Frau Karstedt ist die Geschäftsführerin der Wohnungsbaugesellschaft COMMERCIAL, die auf der Fläche des besetzten Abenteuerspielplatzes in der Kreutzigerstraße eines ihrer Spekulationsobjekte bauen will.
Dabei hat die Gute allerdings vergessen daß jeder, der hier mit Profit rechnet, auch mit uns rechnen muß!
Der Platz ist Teil unserer Strukturen und wer danach greift, greift uns an.Und wo wir angegriffen werden, da schlagen wir zurück, in Friedelhain und anderswo!

"Kein Gewinn auf unsere Kosten e.V."





Der 1.Mai ist seit Jahren ein Anlaß für Feste und Demonstrationen. In den vergangenen Jahren versuchte die inzwischen verbotene FAP zweimal im Prenzlauer Berg aufzumarschieren. Dieses Jahr soll es erst gar nicht so weit kommen.
Deshalb hatten wir die Idee, am 1.Mai ein Straßenfest am Arnswalder Platz (auch Platz am Stierbrunnen genannt) direkt im Bötzowviertel zu veranstalten. Das Fest soll den ganzen Tag gehen, und es wird viel Musik geben, auf zwei verschiedenen Bühnen (Anarchist Academy kommt!). Außerdem können auf einer Talentebühne "junge Künstler", also eigentlich alle, die gut singen, gut tanzen oder Instrumente spielen, ihr Können zum Besten geben. (Wer Interesse hat, mitzumachen, bitte vorher anmelden, schriftlich über die Kontaktadresse der Zeitung) Natürlich gibt es noch jede Menge Stände und Überraschungen. Für die Kids gibt es ein Extra-Programm auf dem Spielplatz. Also Leute! Seid gespannt und freut Euch drauf! Wir hoffen, wir sehen uns auf dem Fest!

WIDERSPENSTIG UND LEBENDIG

Konzept für das 1.Mai Straßenfest im Prenzlauer Berg

In diesem Jahr soll es am 1.Mai ein Straßenfest im Prenzlauer Berg geben. Dieses Fest soll am Humannplatz stattfinden. Der Platz liegt an der Wichertstraße, die eine Verlängerung der Grellstraße ist. In der Wichertstraße befand sich auch eine Filiale des Eine-Welt-Ladens Baobab, die im Januar vermutlich von Neonazis angezündet und schwer beschädigt wurde.
Der Humannplatz liegt in einem Wohnkiez außerhalb des S-Bahnringes, wo linke politische und kulturelle Projekte bislang nicht vorhanden, geschweige denn verankert sind.
Der Charakter des Festes zielt also im wesentlichen darauf, verschiedenste Menschen für unsere Kultur und Politikformen zu interessieren, und in einer Gegend Präsenz zu zeigen, in der sowohl organisierte FAP-ler als auch latent rechte Jugendliche einen gewissen Raum einnehmen und im vergangenen Jahr auch versuchten, sich zum 1.Mai-Aufmarsch zu sammeln (Grellstr. 1994, Thälmanndenkmal 1992)
Das Fest kann als Sammelpunkt für Menschen dienen, die einem eventuellen Aufmarsch organisierter Nazis entgegentreten wollen, der aktuelle Kenntnisstand zur Mobilisierungssituation bei den Faschisten wird auf dem Fest durchgesagt.
Gruppen, die vom Fest aus losgehen wollen, sollten dieses möglichst veranwortungsvoll und nüchtern tun, da im Umfeld selbstredend mit Bullenpräsenz zu rechnen ist. Ein nicht zu stürmisches, dezentes losgehen in Kleingruppen und wiedertreffen an anderen Orten hat sich in solchen Situationen bewährt.
Die Situation in der dieses Fest stattfindet, ist **völlig ungeeignet** als Ausgangspunkt für (massenmilitante) Enteignungsaktionen oder rituelle Straßenschlachten. Es gibt hier einfach nicht das akzeptierende Umfeld, was für Aktionen dieser Tragweite notwendig ist.
Eine Gefährdung des Festes und seiner BesucherInnen soll ausgeschlossen sein.
Wenn ihr am ersten Mai berechtigte Enteignungen oder sonstige zielgerichtete Aktionen durchführen wollt, überlegt euch andere unmittelbare Rückzugsmöglichkeiten.

Faschistische Provokationen werden natürlich nicht hingenommen, genausowenig wie sexistische Angriffe.

Vorbereitungsgruppe 1.Mai Straßenfest im Prenzlberg

Straßenfest

1.Mai 1995 Prenzlauer Berg

Der 1.Mai ist für uns ein Tag, der den Menschen gehört, die sich gegen dieses System zur Wehr setzen - Euch, uns!! Wir wollen den Menschen ein Lächeln in ihre Gesichter zaubern, ihnen für ein paar frohe Stunden Mut machen. Vielleicht gelingt es uns ,Euch einen Hauch davon spüren zu lassen, daß es auch anders geht: Solidarität ist eine Waffe!!
Wir wollen ein buntes, offenes und soildarisches Fest ALLER. Wir möchten zeigen, daß es sehr wohl möglich ist, fern von Kommerz, Anpassung und Konsum glücklich zu sein. Wir wollen allen Menschen, die wie auch immer geartet keine Lust mehr auf dieses System und seine Spielarten haben, einen gemeinsamen Ort geben, sich kennen zu lernen. Die Grenze verläuft nicht zwischen Szene und Normalos, sondern zwischen Bund und Blau.
Wir wollen daher versuchen, dieses Fest zu nutzen, um unsere Vorstellungen von herrschaftsfreiem Zusammenleben wieder an die Öffentlichkeit zu bringen, um uns mit mit unsern kreativen Widersprüchen und unserer ungebrochenen Lebenslust wieder näher zu kommen.
Dieses Fest soll auch dazu dienen, die fortdauernde Präsenz im Kiez zu zeigen, anzudeuten, daß es uns noch gibt, und daß wir nicht aufhören, uns gegen herrschende Ungleichheiten in diesem System zu wehren. Mensch hat keine Lust mehr, sich das Fest von Bullen und/oder besoffenen Matschos zerstören zu lassen.
Unseres Erachtens kann fehlende Intelligenz nicht durch Militanz ersetzt werden.
Wir wollen dennoch bereit sein, um im Falle eines Falles die Nachfolger der ehemaligen FAP, die vor kurzem offiziell verboten wurde, in ihre Schranken zu verweisen.
Wir wünschen uns einen Stadtbezirk, in dem nicht das Recht des Stärkeren zählt, sondern in dem die Menschen solidarisch sind, und sich gemein(sam) gegen die zur Wehr setzen, die für ihren Frust und ihre Situation wirklich verantwortlich sind.

Widerspenstig und lebendig!

Für ein selbstbestimmtes, subversives Leben!!

Ab 10. 00 Uhr Humannplatz

(S-Bhf.Schönhauser Allee, Wichertstr./Stahlheimerstr.)

Vorbereitungsgruppe 1.Mai Straßenfest
V.i.S.d.P. Rachel Pippig, c/o Baobab, Winsstr.53, 10405 Berlin



Proteste von Gegnern des Castor-Transports verschärfen sich

Bahngleise vor den Augen der Polizeibeamten zersägt

... Wenig später marschierten zwischen 800 und 1000 Männer, Frauen und Kinder mit Musik auf das Bahngelände in der festen Absicht, die Bahnstrecke zu demontieren.

Was sie taten, war verboten – und allen war das bewußt, der Landkreis hatte zudem ein Versammlungsverbot für das Gelände erlassen. ...

Nach knapp zwei Stunden auf den Schienen zogen sie sich langsam zurück, es war erreicht, was erreicht werden sollte: Das Gleisstück war für einen Castor-Transport unpassierbar geworden. Die Polizei addierte am Ende u. a. fünf vollständig freigelegte Schwellen und vier entfernte Schwellen, viele gelockerte Schrauben. Die Schiene war außerdem einmal fast durch- und achtmal angesägt. Zudem waren Eisenteile und Steine vom Gleisrand auf den Bahnkörper geworfen worden. Neun Personen wurden vorübergehend fest- bzw. in Gewahrsam genommen.

Der „Tag Z" hatte am Morgen



MIT EINEM GROSSEN FRÜHSTÜCKSBÜFETT hatte am Vormittag die Aktion „Ausrangiert" begonnen.

ALTE EISENSCHWELLEN vom Rand der Bahngleise, aber auch Steine und Betonteile wurden auf Schienen gelegt.



VOR EINEM KREUZ aus ausrangierten Bahngleisen mit einem Knoten drin, hielt Egon Maierhofer den Gottesdienst.



Sylter Erinnerungen ... wahrscheinlich irgendwie anders?

"Ob es auch nur ein heiseres Krächzen ist, eine Glocke, ein geschriebenes Wort oder ein Trompetenstoß, laßt den Ruf klar und unmißverständlich erschallen: Die Stunde der Radikalen hat geschlagen!" (Saul D. Alinsky, Leidenschaft für den Nächsten, Strategien und Methoden der Gemeinwesenarbeit I, Gelnhausen 1973, S. 203).

Am Sonnabend, dem 25.03.1995 fuhren etwa 100 Jugendliche von Hamburg nach Sylt, um dort auf die ablehnende Haltung des Sylter Unternehmervereins, Bürgermeisters und Kulturbeauftragten gegen die Menschen, welche begünstigt durch das finanziell günstige Wochenendticket sich auf der Insel Sylt erholen wollen, aufmerksam zu machen. Die Sylter Administration forderte ultimativ eine Kurtaxe von 6 DM, die direkt am Bahnhof abgeknöpft werden soll. Dies hat eine Vorreiterfunktion, da im Erfolgsfall auch andere Erholungsorte für Menschen mit wenig Knete dichtgemacht werden sollen. Die kommunalen Wichtigtuer beleidigten finanziell schlechter ausgestattete Menschen außerdem als "müllmachende Proleten, welche ihren Tee in Thermoskannen mitnehmen und sich eh keinen Aufenthalt in einem der teueren Hotels leisten können".

In Erwägung, ihr hört auf Kanonen, andere Sprache könnt ihr nicht verstehen ... !

Wir geben folgende Richtigstellung zu den Ereignissen auf der Insel am Sonnabend, dem 25.03. in der Zeit von ca. 9 bis 14 Uhr:

- Entgegen der dümmlich-naiven Meldung in der "Welt am Sonntag" (26.03.) beteiligten sich an der Aktion auf Sylt keine BewohnerInnen der Hamburger Hafenstraße, sondern allein Jugendliche, die über die kapitalistische Konsumrealität speziell auf Sylt (Artikel "Sechs Mark für Billigtouristen" in der Hamburger Morgenpost vom 18. März 1995) ihre Unzufriedenheit aktiv zum Ausdruck bringen wollten.

- Gegen kurz nach 9 Uhr entstiegen ungefähr 100 Menschen eine Bahnstation vor Westerland dem aus Hamburg-Altona kommenden D-Zug. Der sich bildende Demonstrationszug zog mit Spaß und kräftigen Parolen in Richtung Westerland, welches wenige Minuten Fußweg von der Bahnstation entfernt liegt. Zuerst schlossen sich ein paar BeamtInnen der nordfriesischen Polizei friedlich dem Aufzug an. Nach ca. hundert Metern jedoch vervielfältigte sich die Anzahl der PolizistInnen am Ende der Demonstration, womit das Zahlenverhältnis von DemonstrantInnen und PolizistInnen ausgeglichen war. Die Situation eskalierte erst, als von vorn eine Hundertschaft behelmter BGS- und SEK-Ordnungshüter auf der jetzt nur noch von grüner Wiese und Deichen umsäumten Landstraße auflief. Die Jugendlichen versuchten alsbald, sich in Ketten zu formieren und Kontakt mit der Einsatzleitung aufzunehmen. Der Versuch schlug jedoch fehl, da die Polizei nach einmaliger Aufforderung nach bedingungsloser Festnahme mit Distanzwaffen wie Tonfas in die unbewaffnete Menge schlug und einige Leute zum Teil schwer verletzte. Kopfverletzungen mit nachfolgendem Krankenhausaufenthalt, Verdacht auf Nasenbeinbruch, sowie Abschürfungen, Prellungen, und jede Menge Beulen waren die Folge.

- **Alle** DemonstrantInnen wurden nach ihrer Festnahme in den Knast in Westerland gebracht. Von dort aus wurden sie nach vier Stunden Zwangs-Aufenthalt inklusive Identitätsbehandlung im Geleit von BGS-Leuten durch eine Gasse gaffender und filmender Touristen zum Bahnhof Westerland geführt.

- Ein Zug der Deutschen Bahn wurde unplanmäßig um 14.15 Uhr von Westerland nach Hamburg zum Gefangenentransport umfunktioniert. Etwa 50 BGS'ler begleiteten die zwei Waggons, in denen Zweidrittel der Gefangenen nach Hamburg transportiert wurden. Das restliche Drittel wurde wg. der Kleinheit des Knastes schon vorher mittels Gefangenentransports in die Freie und Hansestadt Hamburg verbracht.

- Gegen 17.30 Uhr wurden nach achtstündigem Freiheitsentzug die psychisch und physisch strapazierten teils unter sechzehnjährigen Jugendlichen an der Station Hamburg-Altona auf freien Fuß gesetzt.

Die zur Bourgeoisie haltenden Staats- und Polizeiorgane auf der Insel Sylt haben einmal mehr deutlich gemacht, daß sie auf der Seite der Freßtempel- und Schickimicki-Läden-BetreiberInnen stehen. Der Polizeieinsatz auf der Juppieinsel gegen KritikerInnen geldgeiler KonsumfetischistInnen wird nicht ohne Folgen bleiben!

Wir bleiben dabei:
Sylt für alle, sonst gibt's Krawalle!
Kampf den Pfeffersäcken!

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Autonome Gruppe "Harro Harring", 26.03.1995

Harro Harring war ein Vorkämpfer friesischer Freiheit und rief am 23. Juli 1848 auf dem Bredstedter Marktplatz einen friesischen Freistaat aus.

Aufruf zur Demo in Büren am 7.5.1995

Vor 50 Jahren, am 8. Mai 1945, kapitulierten das Nazi-Regime und die deutsche Wehrmacht. Der 8. Mai ist der Tag des Gedenkens an die Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus in aller Welt. Am 8. Mai 1995 sollten wir aber auch an die Täter und Täterinnen erinnern und daran, daß die große Mehrheit der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung den Faschismus getragen und den NS-Staat möglich gemacht hat. Rassismus und Antisemitismus, zwei wesentliche Elemente des deutschen Faschismus, waren in der Bevölkerung breit verankert und führten im Zusammenspiel mit einer hocheffizienten modernen Verwaltung direkt zum Völkermord an Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti sowie zur Vernichtung von psychisch Kranken, Behinderten, Homosexuellen und sogenannten „Asozialen“.





Rassismus und Antisemitismus sind auch heute noch prägende Merkmale der wiedervereinigten deutschen Gesellschaft. Die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl im Sommer 1993 ist nur ein Ausdruck davon. Rassistische Hetze, sexistische Ausbeutung und Diskriminerung von Nicht-Deutschen ziehen sich wie ein Faden durch die deutsche Nachkriegsgeschichte, je nach politischer Konjunktur mehr oder weniger ausgeprägt. Spätestens seit der Wiedervereinigung haben sie Hochkonjunktur in diesem Land. Pogromstimmung gegen Flüchtlinge in deutschen Städten, die drastische Zunahme von Gewalttaten und Übergriffen gegen Menschen anderer Hautfarbe durch Neonazis, DurchschnittsbürgerInnen und Polizisten und die Entwicklung einer effizienten Maschinerie zur Ausgrenzung und Abschiebung unerwünschter Nicht-Deutscher kennzeichnen die heutige Lage.

Wir sehen keinen Unterschied in der Ermordung von AusländerInnen durch brandstiftende Deutsche und einem staatlichen Abschiebesystem, das Menschen in den Tod treibt. Flüchtlinge werden in Sammellagern ghettoisiert, in Abschiebeknästen gefoltert und in den Händen von BGS-Beamten totgespritzt. Fluglinien schrecken nicht davor zurück, im staatlichen Auftrag Menschen in die Gewalt derer zurück zu transportieren, vor denen sie geflohen sind.

Wir sind uns bewußt, daß es sich beim Nationalsozialismus um eine Herrschaft gehandelt hat, deren Völkermord und industrielle Tötungsmaschinerie einmalig in der Geschichte der Menschheit ist. Dennoch können wir nicht übersehen, wie in diesem Land tagtäglich ausgesondert und der Tod vieler „Ausgesonderter“ billigend in Kauf genommen wird.



Anläßlich des 8. Mai 1995 rufen wir deshalb zur Demonstration am größten Abschiebeknast der Bundesrepublik auf. Denn dieses Sondergefängnis, das zehn Kilometer von Büren mitten im Wald liegt und die Vorgänge im Inneren hinter einem fünf Meter hohen Betonwall versteckt, symbolisiert alles, was deutsche Vertreibungspolitik und deutschen Rassismus kennzeichnen: Ghettoisierung, Aussonderung, Demütigung und Gewalt auf vielfältige Weise sowie eine deutsche Bevölkerungsmehrheit, die wieder einmal von nichts wissen will. Auf der anderen Seite zeigt der Knast aber auch den Widerstand, den Flüchtlinge allerorts und selbst unter den brutalen Bedingungen der Abschiebehaft leisten. Immer wieder kommt es zu Protestaktionen einzelner Gefangener, revoltierten ganze Gruppen gegen ihre Inhaftierung und drohende Abschiebung.

Mit der Demonstration am 7. Mai in Büren wollen wir die Flüchtlinge unterstützen. Wir wollen den Knast und die Politik, die er versinnbildlicht, ans Licht der Öffentlichkeit zerren. Wir wollen das neuerliche Schweigen durchbrechen und zeigen, daß Widerstand möglich ist.

Treffpunkt: Sonntag, 7. Mai, 13 Uhr, Feuerwache Büren

(Abfahrtszeiten von Bussen werden noch bekanntgegeben.)

Weg mit den rassistischen Sondergesetzen
Weg mit dem Ausländergesetz

Keine Abschiebungen - Keine Abschiebeknäste

Antirassistische Initiativen und FlüchtlingsunterstützerInnen-Gruppen aus NRW

Kontakt: Infoladen Paderborn, Bor[illegible]straße 12, 33098 Paderborn, Tel. 05251/[illegible]



Mit Unterstützung des Ökofonds der Grünen in NRW

Hallo

In den frühen Morgenstunden des 3. Aprils haben wir die Burschenschaft Rhenania et Atlania in Berlin besucht.
Wir haben uns Zutritt zu dem Gelände verschafft und alle dort parkenden Autos (3) mit Abbeizer 'entlackt'.

Die Turnerschaft Berlin, bzw die Turnerschaft Rhenania et Atlania unterhält in der Fregestr. 57 in Berlin ein Verbindungsheim mit Versammlungsraum und mehreren Wohnungen.

Weiter Adressen des Coburger Convents in Berlin sind:

Landsmannschaft Brandenburg
Kirschenallee 23
Tel.:304 6063

Landsmannschaft Preußen/Altmark
Lynarstr.21
Tel.:891 7436

Landsmannschaft Spandovia
Preußenallee 15
Tel.:304 3222

Landsmannschaft Thuringia
Schwendenerstr.10
Tel.:832 5489

Landsmannschaft Saxonia
Brandenburgische Str.43
Tel.:891 2867

Hallo

Hallo

Hallo

Hallo

Turnerschaft Ostland
Wolzogenstr.21
Tel.:801 8909

Landsmannschaft Palaio Silesio
Von-Luckstr.18
Tel.:803 55 25

Bundesvorstand des Coburger Convents
(zuständig für Internationales Recht)
Rechtsanwalt
Jürgen Kretzer-Moßner
Lepsiusstr. 110
12165 Berlin
Tel: 7920570

Rhenania et Atlania ist eine von etwa 100 Turner- und Landsmannschaften des Coburger Convents. Welcher eine schlagende und farbentragende Verbindung ist. In ihm organisiert sind ca. 1800 Studenten und knapp 14000 Alte Herren bilden ihren Hintergrund. Der Coburger Convent gilt selbst im Vergleich mit anderen Korporationen (studentischen Verbindungen) als äußerst reaktionäre Gruppierung, die in Sprachstil und politischem Inhalt faschistischen Denkweisen beträchtlich nahekommt.
Zu ihren politischen Inhalten gehören die Forderung nach einem Großdeutschland in den Grenzen von 1937, Militarismus und Kriegsverherrlichung, das Abstreiten der deutschen Kriegsschuld und der Kampf für eine Eliteuniversität.
Alle Burschenschaften und Korporationen waren nach 1945 von den Alliierten wegen ihrer ideologischen und organisatorischen Nähe zur NSDAP verboten worden. Viele Korporationen leugnen ihre Beteiligung an der Naziherrschaft oder geben sich sogar als Verfolgte der Faschisten aus. Selbst die Allierten haben das 1945 anders gesehen. Schon 1951 konnte sich der Coburger Convent wieder gründen. Obwohl es an den meisten Universitäten Widerstand gegen die Wiederzulassung von Korporationen gab, konnten vor allem die Alten Herren ihren ungebrochenen Einfluß geltend machen. Teilweise wurden die Universitäten einfach finanziell erpreßt. In den 50er und 60er Jahren waren dann auch schon wieder 25-30% der männlichen Studenten Mitglied einer Verbindung. Erst Ende der 60er Jahre kam es zu erheblichen Mitgliedereinbußen.

Mitglied im Coburger Convent kann folgerichtig auch nur werden, wer männlich, deutsch und "gesund" ist. Der Coburger Convent ist ein reiner Männerbund.
"Corpsstudenten sind Männer, eine Integration des weiblichen Geschlechts würde als Fremdkörper wirken."(Corpszeitung 83)
Oder wie es der Sprecher des Coburger Convents Kohlrautz so treffend formuliert:

"Für unsere Aktivitäten nehmen wir gewisse geschlechtliche Freiräume in Anspruch."
Deutliche Sprüche von vehementen Verfechtern des Patriachats.
Frauen spielen in dieser Denkwelt nur schmückendes Beiwerk und haben sich ansonsten um Haushalt und Kinder zu kümmern.

Hallo

Leider ist der Coburger Convent mehr als ein Haufen anachronistischer Macker, die - Schärpen um den Bauch und bunte Karnevalsmützen auf dem Kopf - sich gegenseitig Säbel durchs Gesicht ziehen, um dann die Narben zu bewundern.
Große Teile der Elite in Politik, Wirtschaft, Militär und Wissenschaft besteht aus Korporationsmitgliedern. Die Alten Herren der jeweiligen Korporation tun dann auch alles, um dem studentischen Elitenachwuchs aus der eigenen Verbindung hilfreich unter die Arme zu greifen.

Für die Mitgliederwerbung werden dann auch vor allem Erstsemester mit billigen Zimmern, Festen, Gemeinschaftsveranstaltungen und dem Versprechen einer gesicherten Karriere geködert. Wer als Student nicht von vorneherein aus einer reaktionären oder gar faschistischen Grundhaltung heraus einer Verbindung beitrat, dem waren diese Vorteile oftmals Grund genug, sich sein Rückrat von der Altherrenschaft brechen zu lassen und sich den überkommenen Traditionen der Korporation willig unterzuordnen. Die Korporation bereitet ihm den Weg und verkauft ihm einen Garantieschein auf eine gesicherte Zukunft. Der Kaufpreis: bedingungsloser Gehorsam gegenüber den Erziehungsmitteln und -methoden der Korporation, um ein Ebenbild derer zu werden, die bereits an der Macht sind.

Das Mitgliedertief der 70er Jahre ist überwunden. An den Hochschulen treten Verbindungsstudenten mit ausgeprägtem national-konservativem Gedankengut wieder verstärkt auf und gewinnen an Einfluß, nicht zuletzt durch die Unterstützung der Alten Herren.
Burschenschaftler sind Schreibtischtäter.
Sie treten selten offen auf und haben es auch gar nicht nötig, selbst direkte Gewalt gegen Flüchtlinge, AusländerInnen, Lesben, Schwule und "Behinderte" auszuüben. Stattdessen sorgen sie dafür, daß faschistisches Gedankengut wieder gesellschaftsfähig wird. Dazu gehören Nationalismus das Leugnen der deutschen Verbrechen in der Nazizeit, Hetze gegen Flüchtlinge, Antisemitismus und Forderungen nach einer autoritären und hierarchischen Gesellschaft.
Korporationen und darunter vor allem der Coburger Convent und die Konkurrenzvereinigung Deutsche Burschenschaften gehören zu den Neuen Rechten. Ihre Bedeutung in der Neuen Rechten besteht vor allem darin, daß sie ein Bindeglied zwischen militanten Nazis und rechts-konservativen Kreisen darstellen. Die Alten Herren schreiben z.B. im Neue Rechte-Blatt Criticon, "junge Burschen" geben Interviews in der Jungen Freiheit z.B. zum Thema: Aufbau ihrer Lands- und Turnerschaften im "einverleibten Osten".
1993 fand das 125. Pfingsttreffen des Coburger Convents in Coburg statt. Der Hamburger Geschichtsprofessor Wiebecke sprach in seiner Rede von der "Opferbereitschaft der deutschen Wehrmacht, die auch heute wieder anzustreben sei. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch die Solidarisierung eines anscheinend betrunkenen Schärpenträgers aus Berlin mit den Mördern von Solingen.
Zur Zeit findet ein gewaltiger Rechtsruck in der gesamten Gesellschaft statt. Positionen der NPD sind ins Parteiprogramm der SPD gerutscht. Seit dem sogenannten Historikerstreit darf der Holocaust wieder öffentlich relativiert werden. Das "moderne" Deutschland befreit sich von der Last seiner Vergangenheit. Sogenannte Linke diskutieren darüber, ob es nicht doch ein "positives linkes Nationalgefühl" geben kann.

Militanter Antifaschismus muß in diese Diskussionen eingreifen und darf sich nicht nur auf die offenkundigen Nazis auf der Straße beschränken (wobei auch auf diesem Gebiet eher zuwenig als zuviel getan wird).
Die Aktionsformen reichen dabei vom Widerstand gegen den alltäglichen Rassismus, über Öffentlichkeits-/Aufklärungsarbeit bis zu konkreten Angriffen gegen Verantwortliche.
Militanter Antifaschismus muß auch dort ansetzen, wo Männer sich zu systemstabilisierenden Bünden vereinigen, um ihre Macht- und Elitebildung zu etablieren, und darin mit sexistischen, rassistischen und faschistischen Grunstrukturen zur Bedrohung bzw. zum Machtfaktor werden.
Die Korporationen sind Schulen für die faschistischen Machtblöcke dieser Gesellschaft. Überall, wo diese Männer ihre Dominanz in Bünden feiern und pflegen, gilt es zerschlagend drauf einzuwirken. Militanter Antifaschismus sollte das erkennen und angreifen.
Wir denken, dies ist oft ein Manko der antifaschistischen Bewegung. Viele männliche Antifaschisten sehen nur das, was offensichtlich vor ihrer Nase (auf der Straße) passiert. Wo dieses System aber fest im Sattel sitzt wird vielleicht Protest geübt, aber kaum angegriffen. Wir befürchten, daß männliche Antifas nachwievor ihre scheinbaren Privilegien, die der eigenen Machterhaltung dienen, genießen. Nur so ist zu erklären, daß die Tatsache, daß Korporationen zutiefst patriarchale Männerbünde sind, offensichtlich nicht ausreicht für Recherche und Angriff. Von der Analyse her gibt es wohl noch viel zu tun, um die blinden Flecken der Herren Antifas zu erleuchten.

Hallo

Hallo

Hallo

Militanz ist für uns nicht nur Aktionsform, sondern eine grundsätzliche Haltung, die quer zu den herrschenden Verhältnissen steht.



Gegen den herrschenden Normalzustand!! Grenzen auf für alle!

Autonome Gruppe Suratira Selaya

Suratira Selaya war eine Tamilin, die seit 2 Jahren von Sri Lanka aus unterwegs war, um ihren Verlobten in Augsburg zu erreichen.
Sie ist eine von mindestens 9 tamilischen Flüchtlingen, die im September 1994, bei dem Versuch über die Neiße von Polen in die BRD zu fliehen, ertranken. Daß das passieren konnte, ist eine direkte Folge des rassistischen Asylgesetzes, daß Flüchtlinge zwingt die Grenzen in die BRD illegal zu überqueren, und dabei ihr Leben auf's Spiel zu setzen.



revolutionäre Bewegungspolitik - Abschied von etwas, was es nie gegeben hat?

Der Jour-fixe-Arbeitskreis meint das "Scheitern (...) revolutionärer Bewegungspolitik" festzustellen zu können und will deshalb auf seiner Veranstaltung am 19.4. zeigen, warum auch "Althussers ideologische Staatsapparate die Bewegungspolitik nicht retten können". Als Alternative zu dem Versuch, "sich den Massen (zu) vermitteln", propagiert der Arbeitskreis "die Wiederaneignung der marxschen Theorie als umfassende Kritik gesellschaftlicher Totalität und die Kritik der darin herumzappelnden Linken". -

In den letzten Jahren sind viele Linke mit dem Anspruch angetreten, als Konsequenz aus ihren bisherigen Fehlern, eine neue Praxis zu entwickeln. Da sich das Neue vielfach als das Ganzalte erwiesen hat - die RAF wiederentdeckte die autonome "Gegenmacht von unten"-Konzeption; die PDS linkssozialdemokratische Konzeptionen aus den 20er Jahren - wollen wir erst mal einen Schritt zurück machen und fragen: Hat es das eigentlich gegeben: "revolutionäre Bewegungspolitik"? Und: 'die Kritik der in der gesellschaftlichen Totalität herumzappelnden Linken' - ist das wirklich etwas Neues? Oder ist nicht diese "Kritik" (viel eher als "Bewegungspolitik") kennzeichnend für das, was in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten als "revolutionäre" Politik ausgegeben wurde?

Gab es revolutionäre Bewegungspolitik?

Sicherlich hat es in der Vergangenheit viel Bewegungspolitik gegeben, aber "*revolutionäre* Bewegungspolitik"?! Der Begriff scheint doch - genauso wie das Problem, sich den Massen verständlich zu machen - eine gewisse eigene inhaltliche Distanz zu den *mainstream*-Positionen dieser Bewegungen bezeichnen zu sollen. Insofern gehen wir davon, daß "Real"o/a-Grüne und DKP/SEW, die bis zur inhaltlichen Ununterscheidbarkeit in die neuen und alten (Gewerkschaften) sozialen Bewegungen aufgegangen sind, nicht gemeint sind.

Aber wer ist dann gemeint? Autonome und Antiimps?

Die RAF hatte es aber schon 1972 aufgegeben, sich den hiesigen Massen verständlich zu machen: "der 24-Stundentag der Herrschaft des Systems" habe "die Massen so tief in seinen Dreck (gezogen), daß sie das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte (...) weitgehend verloren zu haben scheinen" und sich etwas anderes als Konsum "kaum noch vorstellen können". Bezugspunkt war stattdessen der "Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt" einerseits und die Kritik der "nationalstaatlichen Borniertheit der opportunistischen Linken" in den Metropolen, hier gemünzt auf das "antiautoritäre Lager" in der BRD, andererseits.[1] 11 Jahre später wird diese Sicht - mit leichten, aber am Ende nicht durchgreifenden Korrektur-Versuchen - noch einmal bestätigt: In Anbetracht der "Totalität des imperialistischen Zentrums (...) stellen (wir) die subjektive Seite (...) in den Mittelpunkt. (...) Wir können mit den Scheingefechten (...) um die Beschwörung der 'Verbindung mit den Massen' nichts anfangen."[2]

Und der autonome Theoretiker Detlef Hartmann hat erst kürzlich noch einmal die Sicht der "undogmatischen Linken nach '68" bekräftigt: "Wir haben das Konstrukt der angeblichen 'inneren' ('immanenten' heißt es im Jargon) Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, (...), als Herrschaftsideologie zur Sicherung des Diktats dieser Kriegsmittel (Taylorismus, Maschinerie etc., d. Verf.) und seiner linken Agenturen bloß gestellt."[3] Demgemäß wurde von Autonomen immer großer Wert auf die Abgrenzung von 'den Reformisten' Wert gelegt. -

Nun gut, Grüne und DKP/SEW einerseits, autonome und antiimperialistische Szene andererseits waren zwar die beiden bedeutensten Strömungen der BRD-Linken in den letzten Jahren und ausgehend von deren Politik müßte also geklärt werden, welche Fehler die Linke gemacht hat und in Zukunft vermeiden sollte. Der Jour-fixe-Arbeitskreis beansprucht aber, die *eigenen* früheren Fehler zu korrigieren. Das wäre ja auch nicht so schlecht, wenn dabei nicht die eigenen früheren Fehler durch die Fehler zu ersetzen würden, die andere früher gemacht haben. Wir wollen deshalb noch etwas genauer hinsehen: Die Arbeitskreis schreibt, daß seine Mitglieder früher nicht nur bei den Autonomen, sondern auch "im linken Flügel der Grünen bzw. der AL" oder beim KB Politik gemacht haben.

Die Fehler der linken Grünen

Auf diesen kleinen und in den letzten Jahren nicht größer gewordenen Teil der Linken trifft der Begriff "revolutionäre Bewegungspolitik" sicherlich schon eher zu als auf die beiden vorgenannten Hauptströmungen der Linken. Trotzdem ist unseres Erachtens fraglich, ob die Tatsache, daß auch sie gescheitert sind, dagegen spricht, sich auf soziale Bewegungen und "gesellschaftliche Brüche" zu beziehen und zu versuchen, sie "revolutionär zuzuspitzen" (Arbeitskreis). Wir setzen dieser Auffassung die These entgegen, daß auch die genannten Spektren einen derartigen Ansatz gar nicht konsequent umgesetzt haben, sondern die Fehler der beiden Haupttendenzen der Linken reproduziert haben.

Nehmen wir als erstes die linken Grünen. Ihr erster *Fehler* war - und damit reproduzierten sie den Fehler der Grünen insgesamt - *auf eigenständige revolutionäre Strukturen zu verzichten.* Andererseits wiederholten die

---

1 Rote Armee Fraktion, *Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes*, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), GNN-Verlag: Köln 19884, 31 - 40 (36, 37).

2 dies., *Guerilla, Widerstand, antiimperialistische Front*, in: ebd., 116 - 122 (117, 119).

3 *Revolutionäre Gegenmacht und die Probleme der metropolitanen Linken*, in: AK 362, 12.01.1992, 29 - 30 (29).

Donnerstag, 6.4.95
20.00 Uhr

FrauenLesbenAbend im CLASH
Video: **"Grüne Tomaten"**

Informationsveranstaltung

"Zur Situation von Orhan, der seit dem I4.3.95 im Zusammenhang mit dem "Kaindl-Fall" in U-Haft sitzt"

am 7.4.I995 um 20 Uhr
im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Antifaşist Gençlikle Dayanışma Komitesi

Sofortige Schliessung des Platten- und T-Shirt-Ladens „Ha-Ra-Kiri"

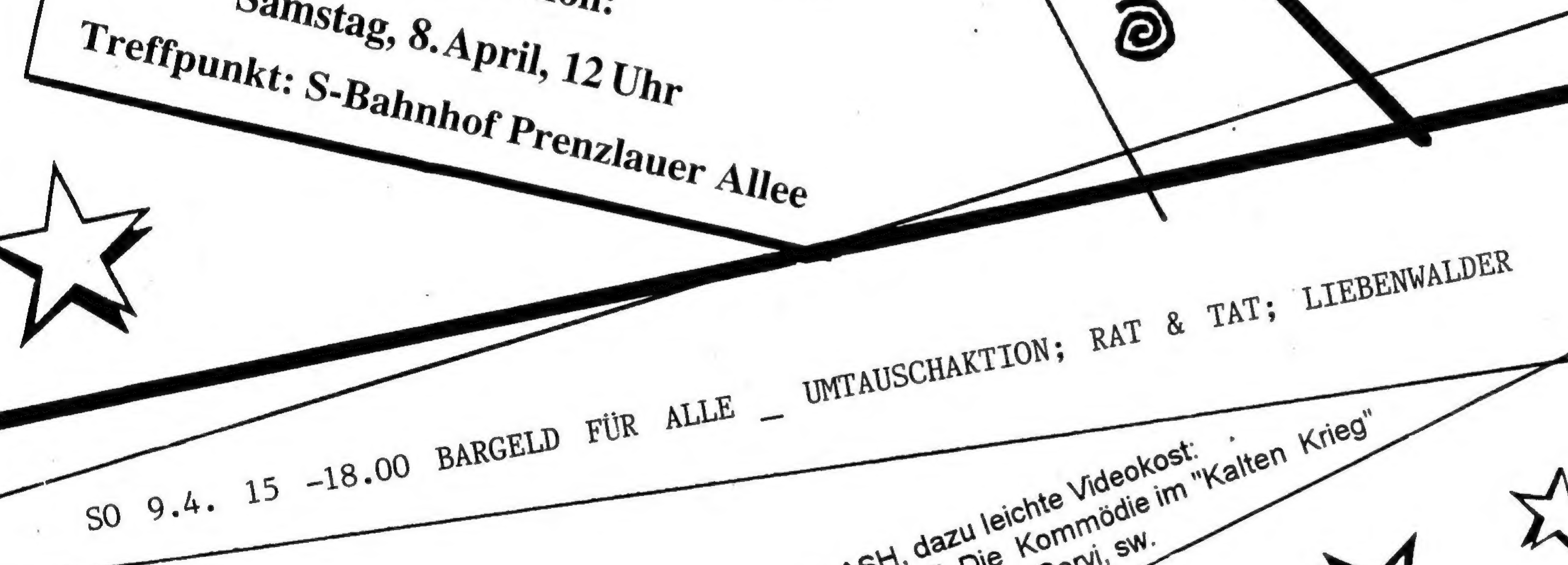
Keine faschistische Propaganda im Prenzlauer Berg und auch nicht anderswo!

Demonstration:

Samstag, 8. April, 12 Uhr

Treffpunkt: S-Bahnhof Prenzlauer Allee

autonomie-kongress
AG "Ohne Mampf kein K(r)ampf"
Essen, Trinken und andere Leckereien
Freitag 07.04.95 19.oo KRÄHENFUß
Mittwoch 12.04.95 20.oo Mehringhof



SO 9.4. 15 -18.00 BARGELD FÜR ALLE _ UMTAUSCHAKTION; RAT & TAT; LIEBENWALDER

Sonntag, 9.4.95
21.00 Uhr

ab 18.00 Uhr Spieleabend im CLASH, dazu leichte Videokost:
"Die große Schlacht des Don Camillo", Die Kommödie im "Kalten Krieg"
F / I '56, R: Julien Duvivier, D: Fernandel, Gino Cervi, sw.

AntiFa-Café-Wedding

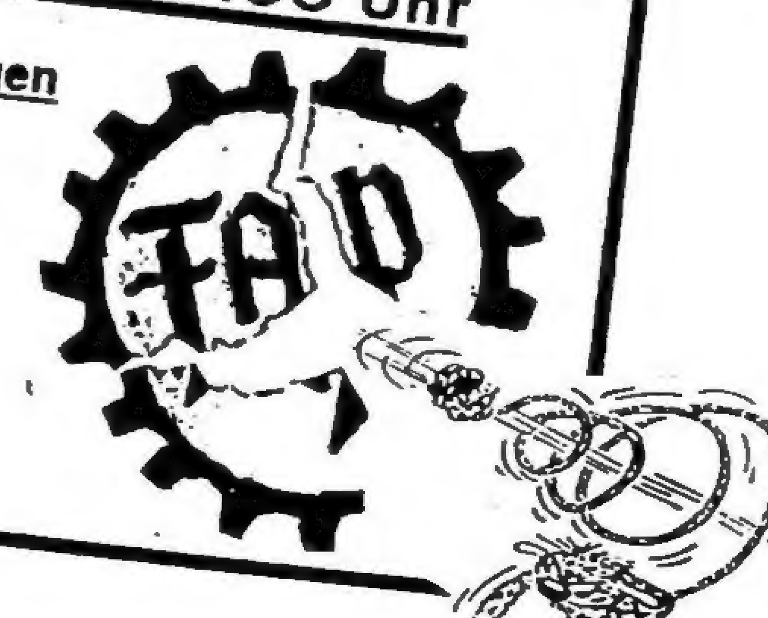
In der Putte, Osloer Str. 12, Aufgang B, 2. Stock

Filme + Vorträge + Diskussionen

Sonntag 9. 4. 1995 um 17.00 Uhr

Das FAP - Verbot und seine Folgen

Info- und Diskussionsveranstaltung mit ReferentInnen zur Geschichte der FAP im Prenzlauer Berg, Hintergründe und Entwicklungen nach dem Verbot der FAP durch Innenminister Kanther. Mögliche neue Organisationsformen der rechten Szene und unser Verhalten hierzu.



DE LA SELVA LACANDONA A LA DE ASFALTO

CHIAPAS:

Seit Regierungstruppen am 9. Februar 1995 das Waffenstillstandsabkommen mit der EZLN gebrochen haben, ist die Selva Lacandona Schauplatz von Counterinsurgency-Maßnahmen, wie sie aus El Salvador und Guatemala bekannt sind. Unter klarer Mißachtung der Genfer Kriegskonvention von 1948 benutzt die mexikanische Armee den Hunger als Waffe gegen die Zivilbevölkerung, um die EZLN zur Kapitulation zu zwingen. Im Lacandonengebiet sind offenbar die elementarsten Menschenrechte - so LN-Mitarbeiter Frank Kreuzer in seiner Reportage aus dem Konfliktgebiet - außer Kraft gesetzt.

-INFOS nach 3 Monaten Aufenthalt
-DIAS
-VIDEO über die "Verbrannte Erde" in der Selva Lacandona nach der Armee-Offensive (gedreht im März)



Llegada al Distrito Federal de integrantes de la marcha por la paz en Chiapas ■ Foto: Guillermo Sologuren

VORHER VOLKSKÜCHE!!!



FRAUEN LESBENVERANSTALTUNG

Bambule

(BRD 1970 90 min)

Film von Ulrike Meinhof
Diskussion mit Irene Goergens

Wenn se dich fugst, freuen se sich, daß se dich fertig gemacht haben.

Di. 11.4.95
19 Uhr
KATO
U-Bhf Schles. Tor

Bambule schildert die Situation von Mädchen, die von Eltern oder Behörden in die 'Fürsorgeerziehung' gesteckt wurden. Der Film zeigt die gnadenlose Willkür der Heimleiterinnen, aber auch die Solidarität der Mädchen, ihren Widerstand gegen die unerträglichen Zustände und ihre Freundschaften und Liebschaften untereinander. Eine der Protagonistinnen des Film ist Irene Goergens.
Bambule sollte im Mai 1970 gesendet werden und wurde wegen der Beteiligung Ulrike Meinhofs an der Befreiung von Andreas Baader von der ARD abgesetzt. Ulrike Meinhof tauchte unter und organisierte sich in der Roten Armee Fraktion (RAF). 24 Jahre lang wurde der Film unter Verschluß gehalten und im Mai 1994 zum ersten Mal ausgestrahlt!

Mittwoch, 12.4.95
21.00 Uhr

Antifaschistische Videos im CLASH: **"Bambule"**. von U. M. Meinhof
Für alle, die ihn auch mal sehen wollten: Diesmal dürfen Männer mitgucken.

Donnerstag, 13.4.95
20.00 Uhr

FrauenLesbenAbend im CLASH. Video: **"Abgetrieben"** BRD 1992
N.Kückelmann. Der Memminger Abtreibungsprozess als "mitreißender" Film.
Die bayrischen Behörden wollen an einem Arzt ein Exempel statuieren.

JETZT DOCH UND GERADE:

FRAUENLESBENDEMO
zur Walpurgisnacht
am 30.04.'95
um 18 Uhr
ab Oranienburger Tor ?

<u>Was wir uns vorstellen:</u>
Eine starke, powervolle Demo; durch Wohngebiete im Prenzlauer Berg; zum Fest des Frauennotrufs im Pfefferberg.
Wir wollen nicht nur eine laute, bunte, lustige Demo, sondern auch politische Themen ansprechen wie z.B.
-die Befreiung des ♀♀ -KZ-Ravensbrück
-Gewalt gegen ♀♀ und deren Gegenwehr
- ...

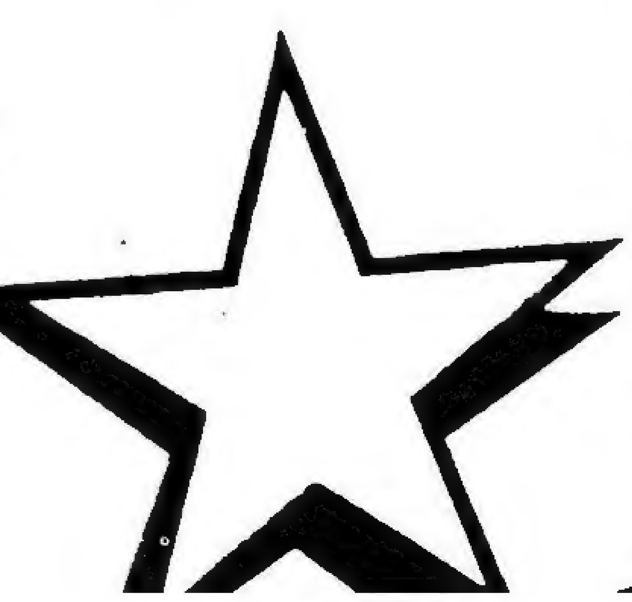
Wie wir diese unterschiedlichen Aspekte unter einen Hut kriegen, überlegen wir zur Zeit.

Wir hätten gerne noch inhaltliche und organisatorische Unterstützung und laden euch ein
am Mo 10.04.'95, 20.30 Uhr
ins X-B-Liebig, Liebigstr. 34, Friedrichshain, U-Bahn Frankfurter Tor

DI 17.4. DEMO GEGEN ABSCHIEBUNG VON RAMOS VEGAS;
17.30 U-BAHN TURMSTR.

20.4.-DEMO; KOTTI, 17.00

VORBEREITUNGSTREFFEN 8.MAI; SIEHE KRÄHENFUSS
... DO; OSTFLÜGEL HU;



muss

berlin 14.–17. april humboldtuni





nationalismus



weg!

autonomie kongreß ostern '95